Staatliche Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

Untersuchungen
über Möglichkeiten zur Beseitigung
der heutigen Dauerarbeitslosigkeit

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde
an der Handels-Hochschule Mannheim

Vorgelegt von

Dipl.-Kfm. Heinrich Sturm
Albersweiler, Pfalz

Druck: Richard Fänger, Berlin-Charlottenburg, Krumme Straße 2

M 32

Referent: Professor Dr. Schuster
Korreferent: Professor Dr. le Coutre
Tag der mündlichen Prüfung: 17. Mai 1933

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

Inhaltsverzeichnis

I. Die Problemstellung.

Seite

A. Einleitung 5

B. Die Cassel-Kontroverse über die Arbeitslosigkeit in der „Sozialen Praxis“ 1926/1927.

a) Professor Dr. Gustav Cassel über Verringerung der Arbeitslosigkeit durch Notstandsarbeiten. „Wird die Arbeitslosigkeit durch Notstandsarbeiten verringert?“ 8

b) Die Kritik an den Ausführungen Cassels in der „Sozialen Praxis“ 11

c) Kritik an den gegen Cassel vorgebrachten Einwänden „Theorie contra Sozialpolitik?“ Von Prof. Dr. Adolf Lampe, Freiburg 14

d) „Selbstkritik! Die Sinnlosigkeit der staatlichen Arbeitslosenpolitik.“ Von Prof. Dr. Gustav Cassel, Stockholm 22

C. Der Zweck der vorliegenden Untersuchung 24

II. Der theoretische Nachweis eines außergewöhnlichen Weges zur Beseitigung der bestehenden Arbeitslosigkeit.

A. Die Notwendigkeit der Anpassung der Produktion an die Nachfrage.

a) Der Begriff des wirtschaftlichen Gleichgewichts 27

b) Die Wirkung des Preismechanismus 29

c) Störungen des Gleichgewichtes und ihre Beseitigung 31

B. Preissystem und Arbeitslosigkeit.

a) Der innere Grund der Arbeitslosigkeit 35

b) Die Ursache der Dauerarbeitslosigkeit 38

C. Möglichkeiten zur Beseitigung der bestehenden Arbeitslosigkeit.

a) Der normale Weg über die Preisbildung 43

b) Ein außergewöhnlicher Weg 47

c) Schlußbemerkungen 52

Literatur-Verzeichnis 54

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41554418_0076

I. Die Problemstellung

A. Einleitung

Mit staatlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit kann man verschiedene Ziele verfolgen. Man kann einmal versuchen, auf diesem Wege die Entstehung von Arbeitslosigkeit zu verhindern, und dann können die Maßnahmen des Staates darauf abzielen, eine bereits bestehende Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Obwohl die für die beiden angeführten Fälle zu lösenden Probleme ziemlich verschiedenartig sind, ist es doch notwendig, sich bei Untersuchungen über die vorliegenden Fragen zunächst einmal über den inneren Grund der Arbeitslosigkeit Klarheit zu verschaffen. Dabei sei besonders betont, daß zwischen dem inneren Grund der Arbeitslosigkeit und den äußeren Ursachen der Arbeitslosigkeit immer zu unterscheiden ist.

Untersuchungen über vorbeugende Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit werden alsdann wohl zweckmäßigerweise von den äußeren Ursachen der Arbeitslosigkeit und von den danach zu unterscheidenden Arten der Arbeitslosigkeit ausgehen, z. B. von der konjunkturellen oder strukturellen Arbeitslosigkeit oder von der Saisonarbeitslosigkeit. Es handelt sich dann um die Darlegung z. B. der Bedingungen, wie die Ausschläge der Konjunktur auf ein Mindestmaß beschränkt werden können oder unter welchen Bedingungen die durch Strukturänderungen, besonders auch durch die Rationalisierung in der Regel bedingte Freisetzung von Arbeitskräften verhütet werden kann. Oder es ist zu untersuchen, auf welche Weise Arbeitskräfte, die in Außenberufen tätig sind, während der Zeit beschäftigt werden können, wo eine Arbeit im Freien der Witterung wegen unmöglich ist[1]).

[1]) Als Versuche in dieser Richtung seien angeführt:
Dr. Folkert Wilken: „Der Kreislauf der Wirtschaft", „Die Überwindung der Arbeitslosigkeit durch Fortbildung der Konjunkturen zu einer Wirtschaftserweiterung auf erhöhter Organisationsstufe", Jena 1928.
Dr. rer. pol. Heinr. Rittershausen: „Arbeitslosigkeit und Kapitalbildung", Jena 1930.
Emil Lederer: „Technischer Fortschritt und Arbeitslosigkeit", Tübingen 1931.

Anders verhält es sich dagegen bei einer Untersuchung von solchen Maßnahmen, die dazu dienen sollen, eine bereits bestehende Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Diese kann ohne Rücksicht auf die äußeren Ursachen, durch welche die zu behebende Arbeitslosigkeit entstanden ist, durchgeführt werden. Wie wenig nämlich die Erforschung und die Kenntnis der äußeren Ursachen der Arbeitslosigkeit zur Bekämpfung von bereits vorhandener Arbeitslosigkeit beitragen kann, zeigt der Bericht der im Januar 1931 von der Reichsregierung eingesetzten „Gutachterkommission zur Arbeitslosenfrage". Die Kommission äußert sich in ihrem „Gutachten zur Arbeitslosenfrage"[2]) erster Teil, S. 3: „in . . . teils wirtschaftlichen, teils politischen, teils strukturellen, teils konjunkturellen Störungen liegen die Hauptursachen der Weltwirtschaftskrisis und Weltarbeitslosigkeit von heute. Für Deutschland treten noch besondere Momente erschwerend hinzu." Da sich die Kommission mit der Feststellung von äußeren Ursachen begnügte, ohne den inneren Grund der Arbeitslosigkeit klarzustellen, mußten auch ihre Vorschläge zur Beseitigung der bestehenden Arbeitslosigkeit entsprechend nichtssagend ausfallen: „Die Initiative zur schrittweisen Ueberwindung dieser Krise muß bei den kapitalreichen Ländern und bei den Führern der internationalen Wirtschaft liegen." (S. 4)[3])

Die Erscheinung der Arbeitslosigkeit ist nicht neu. Arbeitslosigkeit ist auch schon vor dem Weltkrieg aufgetreten. Der Unterschied gegenüber früher liegt jedoch darin, daß früher die Arbeitslosigkeit durch die Selbstregulierungskräfte der Wirtschaft immer wieder behoben wurde, während heute diese Kräfte nicht mehr dazu imstande zu sein scheinen. Die Arbeitslosigkeit hat vielmehr in den letzten Jahren ständig zugenommen und man steht vor der Frage, ob die Arbeitslosen nicht vielleicht zu einem unvermeidlichen, bleibenden Bestandteil der modernen Wirtschaft geworden sind, ob es sich also bei der heutigen Arbeitslosigkeit um Dauerarbeitslosigkeit handelt. Die Bezeichnung Dauerarbeitslosigkeit bezieht sich in diesem Zusammenhange nicht auf die Arbeitslosigkeit

[2]) Sonderveröffentlichung des Reichsarbeitsblattes, Berlin 1931, Erster Teil vom 27. 3. 1931 und Zweiter Teil: „Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Arbeitsbeschaffung" vom 29. 4. 1931.

[3]) Als weitere Untersuchungen über hauptsächlich äußere Ursachen der Arbeitslosigkeit seien angeführt:

O. v. Zwiedineck-Südenhorst: „Beiträge zur Erklärung der strukturellen Arbeitslosigkeit" in: Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung, 2. Jahrg. 1927, Ergänzungsheft I.

Dr. H. Fricke: „Die Ursachen der Arbeitslosigkeit in Deutschland", Berlin 1931.

einzelner Arbeitskräfte, es soll damit nicht gesagt sein, daß bestimmte Personen dauernd arbeitslos sind bezw. bleiben müssen, sondern es soll damit nur ausgedrückt sein, daß in einer Wirtschaft dauernd eine größere Anzahl von Arbeitskräften arbeitslos ist. Beim Bestehen von Dauerarbeitslosigkeit kann der Kreis der Arbeitslosen in persönlicher, beruflicher und örtlicher Hinsicht ständig wechseln, ohne daß jedoch die Zahl der vorhandenen Arbeitslosen durch diese Verschiebungen im Grunde verändert wird.

Zu der Frage, ob der Staat überhaupt in der Lage ist, etwa durch eine Beschäftigung der Arbeitslosen, auf direktem Wege zur Verminderung der bestehenden Arbeitslosigkeit beizutragen, hat Cassel bereits im Jahre 1926 in einem der Oeffentlichkeit zur Verfügung gestellten Aufsatz über das Thema: „Wird die Arbeitslosigkeit durch Notstandsarbeiten verringert?“[4]) Stellung genommen. Dabei hat Cassel den inneren Grund der Arbeitslosigkeit eindeutig herausgestellt und ferner hat er sich gleichzeitig auch zu der Frage geäußert, warum Arbeitslosigkeit zu Dauerarbeitslosigkeit werden kann.

Auf Veranlassung der Schriftleitung der „Sozialen Praxis“ haben sich seinerzeit mehrere bekannte Sozialpolitiker und Gewerkschaftsführer in den Spalten dieser Zeitschrift auf die Ausführungen von Cassel geäußert. Bei dieser Kontroverse ist allerdings kein positives Ergebnis herausgekommen, weil man sich in der Hauptsache darauf verlegte, allerhand Einwände gegen Cassel vorzubringen und weil der wirkliche Sinn der Ausführungen Cassels nicht richtig erkannt worden ist. Wahrscheinlich hat sie aber in Deutschland wesentlich mit dazu beigetragen, daß die produktive Erwerbslosenfürsorge fast völlig durch die reine Unterstützung der Arbeitslosen verdrängt worden ist. In seinem Schlußwort: „Selbstkritik! Die Sinnlosigkeit der staatlichen Arbeitslosenpolitik“[5]) schreibt denn auch Cassel zu den Aeußerungen seiner Gegner: Mit seinen Bemerkungen über die Arbeitslosigkeit habe er nur zum Nachdenken darüber zwingen wollen, ob die heutige Arbeitslosenpolitik mit ihren Maßnahmen auf dem rechten Wege sei. „Diese Aufforderung zur Selbstkritik scheint leider mehr Widerstand als Nachdenken hervorgerufen zu haben. Besonders in Deutschland haben Spezialisten des Arbeitslosenproblems einige wenig tiefgehende Anmerkungen gegen mich gerichtet.“ „Wenn wirklich eine vernünftige Antwort auf die Frage gegeben werden kann, wie es wirtschaftlich möglich sei, die Arbeitslosigkeit durch staatlichen Eingriff zu vermindern, so müßte es wohl für den, der die öffentliche Arbeitslosen-

[4]) „Soziale Praxis“ 1926, Sp. 1057/1060.
[5]) „Soziale Praxis“ 1927, Sp. 177/181.

politik zu seiner Hauptaufgabe gemacht hat, vor allem von Interesse sein, eine solche Antwort zu finden, um sein praktisches Handeln darnach einrichten zu können. Leider deutet noch nichts darauf hin, daß sich ein solches ehrliches Streben nach Klarheit in den Kreisen geltend machen konnte, wo es am meisten vonnöten wäre. Möge man sich aber in diesen Kreisen nicht einbilden, daß die Auseinandersetzung jetzt als abgeschlossen betrachtet werden kann! Sie hat kaum begonnen, und es erübrigt noch, von ihrer Seite beinahe alles zu leisten, was überhaupt als ein ernster Beitrag zur Lösung der Frage bezeichnet werden kann."

Die beiden Aufsätze von Cassel enthalten, wenn auch nur skizzenhaft, die Beantwortung der Fragen, die die Voraussetzung zur Untersuchung staatlicher Maßnahmen zur Bekämpfung bestehender Arbeitslosigkeit sind, nämlich die Frage nach dem inneren Grunde der Arbeitslosigkeit und die nach der Ursache dafür, daß Arbeitslosigkeit zu Dauerarbeitslosigkeit werden kann. Jene Darlegungen von Cassel sollen deshalb als Ausgangspunkt für die weiteren Untersuchungen dienen. Da die beiden Aufsätze von Cassel für die mit der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch staatliche Maßnahmen zusammenhängenden Fragen grundsätzliche Bedeutung haben, sind sie im folgenden Abschnitt ausführlicher wiedergegeben. Damit die von Cassel vorgetragenen Gedankengänge so neutral wie möglich zum Ausdruck kommen, ist bei der Wiedergabe auf eine besondere Hervorhebung oder Herausarbeitung der verschiedenen Thesen verzichtet worden. Die Einwände der Gegner Cassels, sowie die kritische Behandlung dieser Einwände durch Lampe sind nur der Vollständigkeit halber und zur allgemeinen Orientierung aufgeführt, da sie für die vorliegenden Probleme ziemlich bedeutungslos sind. Im Anschluß an die Darlegung dieser Auseinandersetzung soll deshalb auch nicht näher auf die für und gegen Cassel vorgebrachten Argumente eingegangen werden.

B. Die Cassel-Kontroverse über die Arbeitslosigkeit in der „Sozialen Praxis" 1926/1927

a) Professor Gustav Cassel über Verringerung der Arbeitslosigkeit durch Notstandsarbeiten.

„Wird die Arbeitslosigkeit durch Notstandsarbeiten verringert?"
(Soz. Praxis 1926, Sp. 1057/1060.)

Die Arbeitslosigkeit habe in den europäischen Ländern, und zwar auch in denjenigen, die das meiste für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit getan hätten, mehr und mehr den Charakter

einer Dauererscheinung angenommen. Die Konjunkturen, die vor dem Kriege die Entwicklung der Volkswirtschaft bestimmten, würden sich kaum mehr geltend machen. Es sei daher notwendig, die Arbeitslosigkeit unserer Zeit eingehender zu untersuchen. „Es ist klar, daß die Arbeitslosigkeit stets auf einer mangelhaften Anpassung der zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte an die vorhandenen Bedürfnisse beruhen muß. Wenn die Arbeitskraft mit vollkommener Beweglichkeit sofort nach der jeweiligen Marktlage eingestellt werden könnte, so würde immer volle Beschäftigung vorhanden sein. Deshalb ist jedes Hindernis, das sich der vollen Beweglichkeit der Arbeitskraft entgegenstellt, eine Ursache der Arbeitslosigkeit."

Zu einer rationellen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit müsse man daher alle Hindernisse gegen die Beweglichkeit der Arbeitskraft aus dem Wege räumen, unter ihnen vor allem die Monopolpolitik der Gewerkschaften der Arbeiter. Es sei kein Zufall, daß die Tendenz der Arbeitslosigkeit, permanent zu werden, am stärksten in den Ländern hervortrete, wo eine geschlossene Gewerkschaftspolitik ihre höchste Machtentwicklung erreicht habe. Die Beweglichkeit der Arbeitskraft sei an sich ziemlich beschränkt. Es wäre daher wünschenswert, daß die wirtschaftliche Entwicklung so wenig wie möglich gestört werde und daß der Staat möglichst alle willkürlichen Eingriffe in das Wirtschaftsleben unterlasse, und vor allem solche Störungen vermeide, die sich aus der wechselnden und unberechenbaren Abschließungspolitik der Staaten ergeben. Wenn die Wirtschaft aber auch nicht immer wieder durch politische Maßnahmen beunruhigt werde, könne der Arbeitsmarkt in eine ungünstige Lage kommen, und also bei mangelnder Beweglichkeit der Arbeitskraft eine Arbeitslosigkeit entstehen, wenn der Zuwachs an Arbeitskraft nicht im richtigen Verhältnis zum Zuwachs an anderen Produktionsfaktoren stehe. Es müßte daher besonders darauf geachtet werden, daß die Volkswirtschaft stets einen Zuschuß an Kapital erhalte, der dem stetigen Zustrom neuer Arbeitskraft voll entspreche. In dieser Hinsicht seien die europäischen Staaten gegenwärtig meistens ziemlich ungünstig gestellt; sie hätten sich, in Unwissenheit der wesentlichen Bedeutung des Kapitals, der Kapitalbildung abgeneigt, ja feindlich gezeigt, und besonders die Besteuerung in einer Richtung ausgebildet, die für die Kapitalbildung äußerst hinderlich sei. Deshalb hindere Kapitalknappheit meistens sehr wesentlich eine Ausdehnung der Unternehmertätigkeit, die neue Arbeitsgelegenheit schaffen würde. Wenn nun infolge

der Kapitalknappheit Arbeitslosigkeit entstehe, suche der Staat dieser entgegenzuwirken und nehme dabei Kapital in Anspruch. Dann müsse offenbar das Wirtschaftsleben eines Teils des Kapitals beraubt werden, das sonst zu seiner Verfügung gestanden hätte, und es entstehe die Frage, ob nicht dadurch eine ebenso große Menge von Arbeitslosigkeit neu geschaffen werde, wie vom Staate durch eine Verwendung von Kapital für seine Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit beseitigt werde.

Eine Verringerung der Arbeitslosigkeit durch Notstandsarbeiten könne nur herbeigeführt werden, wenn diese zu einem herabgesetzten Lohne durchgeführt werden würden. „Durch eine vollständige Umstellung der Arbeitslöhne nach der tatsächlichen Marktlage würde man aber immer jede Arbeitslosigkeit beseitigen können." Wenn sich der Staat die Mittel für die Notstandsarbeiten nicht auf dem Steuerwege, sondern durch Inanspruchnahme des allgemeinen Kapitalmarktes beschaffe, so nehme er trotzdem Kapital von einer Beschäftigung, wo es sonst Arbeitsgelegenheit gegeben hätte, und es bleibe auch in diesem Falle gleich zweifelhaft, ob der Staat damit wirklich etwas für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit getan habe. Da die verschiedenen Produktionszweige in verschiedenem Grade kapitalfordernd seien, könne man vielleicht mit dem zur Verfügung stehenden Kapital eine erweiterte Beschäftigung erreichen, wenn man die Produktion auf die am wenigsten kapitalfordernden Produktionszweige einrichte. Zu diesem Zwecke müsse man die Notstandsarbeiten so gestalten, daß in möglichst kurzer Zeit fertige Konsumtionsartikel, die man verkaufen könne, produziert würden. Man könne dann ähnliche Arbeiten wiederholen, ohne den Kapitalmarkt wieder in Anspruch nehmen zu müssen. Es sei natürlich schwer, solche passenden Arbeiten zu finden. Ein Weg hierzu wäre jedoch, wenn es gelingen würde, die ledige Arbeitskraft zur Landwirtschaft zurückzuführen. Die Landwirtschaft könne aber für zusätzliche Arbeiten nur wesentlich niedrigere Löhne zahlen, als sie von der Industrie bezahlt würden. Ueberhaupt liege wohl ein nicht unwesentlicher Teil des Geheimnisses der Arbeitslosigkeit in dem Unterschied, der in unseren modernen Ländern zwischen den Lohnniveaus der Landwirtschaft und der Industrie mehr oder weniger künstlich aufrecht erhalten werde. Die herrschende Arbeitslosigkeitspolitik scheine aber meistens darauf hinauszulaufen, daß man die Arbeitslosen zu Arbeiten verwende, die entweder gar keinen oder einen in

ferner Zukunft liegenden Ertrag bringen würden. Durch eine solche Verwendung des Kapitals könne man aber offenbar nichts zur Verminderung der Arbeitslosigkeit ausrichten. Es sei für den Staat außerordentlich schwierig, direkt eine wirkliche Verringerung der Arbeitslosigkeit durch Notstandsarbeiten herbeizuführen. Jedenfalls könne dies nicht geschehen, wenn die Notstandsarbeiten so gestaltet würden, daß sie den natürlichen Rückfluß der überflüssigen Arbeitskräfte zur Landwirtschaft verhindern, oder gar die Arbeitskraft von der Landwirtschaft forttreiben. Die allgemeine Wirtschaftspolitik müsse daher in der Hauptsache darauf achten, daß durch die Erhaltung der größtmöglichen Beweglichkeit der Arbeitskraft und durch eine entsprechende Anpassung der Produktion an die Marktlage das Aufkommen von Arbeitslosigkeit verhindert werde.

b) Die Kritik an den Ausführungen Cassels in der „Sozialen Praxis."[6])

Zu den Ausführungen von Cassel meint Tarnow, daß diese nur beweisen würden, daß es bei einer planmäßigen gesellschaftlichen Organisation der Produktion und der Verteilung keine Arbeitslosigkeit geben würde.

Mit der Forderung, daß die zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte jeweils an die vorhandenen Bedürfnisse angepaßt werden müssen, meine Cassel nicht in erster Linie die räumliche und berufliche Beweglichkeit der Arbeitskräfte, sondern die Beweglichkeit des Arbeitslohnes. Das Gesetz aber, daß jede Ware in jeder be-

[6]) Hier kommen besonders folgende Aufsätze in Frage:
Fritz Tarnow, M. d. RWR.: „Antwort an Cassel", 1926, Sp. 1060/62.
Prof. Dr. Waldemar Zimmermann, Hamburg: „Gustav Cassels Kritik der Erwerbslosenfürsorgepolitik und die deutsche Arbeitslosenkrisis", 1926, Sp. 1081/87.
Prof. Dr. Ferdinand Tönnies, Kiel: „Verringerung der Arbeitslosigkeit durch Notstandsarbeiten. Eine Antwort an Cassel", 1926, Sp. 1137/1140.
Prof. Dr. Lujo Brentano, Prien: „Unsere Arbeitslosigkeit", 1926, Sp. 1161/1163.
Prof. Dr. Hermberg, Leipzig: „Notstandsarbeiten und Krisentheorie. Zu Cassels Frage: Wird die Arbeitslosigkeit durch Notstandsarbeiten verringert?" 1926, Sp. 1185/1188.
Prof. Dr. R. Wilbrandt, Tübingen: „Grundsätzliches zu Notstandsarbeiten, Arbeitslosigkeit und Lohnpolitik", 1926, Sp. 1241 1245, 1265/1266.
Prof. Dr. E. Lederer, Heidelberg: „Die Attacke gegen die Arbeitslosenunterstützung", 1927, Sp. 153/156. „Replik", 1927, Sp. 209 211.
In der „Sozialen Praxis" wurde noch eine Reihe weiterer Aufsätze veröffentlicht, die zum Teil an die Ausführungen von Cassel anknüpfen, in der Hauptsache jedoch Auseinandersetzungen zwischen Lampe und verschiedenen Kritikern von Cassel betreffen. Diese Aufsätze sind im Literaturverzeichnis angegeben.

liebigen Menge absetzbar sei, wenn man nur den Preis weit genug herabsetze, gelte nicht für die Arbeitskraft. Außerdem sei die monopolistische Warenpreispolitik viel erfolgreicher wie die von Cassel angegriffene Monopolpolitik der Gewerkschaften.

Im übrigen verkenne Cassel das Wesen des Arbeitslohnes. Dieser sei nicht nur als Produktionskosten aufzufassen, sondern seine Funktion als Kaufkraft und als Konsumkraft sei viel wichtiger. Lohnkürzungen würden deshalb nur eine weitere Verminderung der Kaufkraft bedeuten.

Die Kapitalbildung sei belanglos, da es nicht an Kapital, sondern an Absatz fehle. Die gegenwärtige Krise sei durch eine Kluft zwischen der Produktionsfähigkeit und der Absatzmöglichkeit gekennzeichnet.

Zimmermann faßt die Ausführungen von Cassel in folgende Sätze zusammen:

„1. Es ist ein Widerspruch, daß die Staaten auf der einen Seite immer mehr zu sparen suchen, auf der anderen Seite aber wachsende Beträge zur Milderung der Arbeitslosennot ausgeben.

2. Die Verschärfung und Verewigung der Arbeitslosigkeit ist in den Ländern mit höchster Gewerkschaftsmachtpolitik am stärksten.

3. Mangel an Beweglichkeit der Arbeitskräfte und Mißverhältnisse im Zuwachs an Arbeitskräften und an Kapital sind die Ursachen der zunehmenden Arbeitslosigkeit. Sie werden durch falsche Gewerkschafts- und Steuerpolitik verschärft.

4. Passende Zuleitung von Kapital an besonders lohnintensive und weniger kapitalintensive Produktionszweige scheint erwägenswert, sofern dadurch rasch umsetzbare Konsumartikel produziert werden.

5. Die Möglichkeit direkter staatlicher Abhilfe gegenüber der Arbeitslosigkeit ist gering. Gute Wirtschaftspolitik zur Anpassung der Produktion an den Markt, zur Förderung der Kapitalbildung, ist wirksamer."

Es sei ganz allgemein nicht richtig, daß die Wirtschaft von der simplen ratio der Mengenverhältnisse beherrscht werde. Es lasse sich statistisch nachweisen, daß die Gewerkschaftspolitik nicht an der Verewigung und Verschärfung der Arbeitslosigkeit schuld sei, denn die Arbeitslosenziffern seien in den Jahren, wo die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder am größten gewesen wäre, bedeutend niedriger gewesen als in den Jahren abnehmenden Einflusses der Gewerkschaften. Eine Hochhaltung der Preise würde nicht nur durch die Gewerkschaften, sondern auch durch die Unternehmer erfolgen. Lohnsenkung ohne Warenpreissenkung führe deshalb

eine Minderung der Kaufkraft der Massen und damit eine Minderung des Absatzes herbei. Aber gerade der relative Mangel an Kaufkraft der Massen im Verhältnis zu den Produktionsmöglichkeiten sei mit die Ursache der Arbeitslosigkeit. Neben Krieg und Weltwirtschaftskrise seien die entscheidenden Ursachen der Arbeitslosigkeit in Deutschland eine Vertrauenskrise und eine Rationalisierungskrise.

Man könne Cassel nur darin Recht geben, daß die Möglichkeit direkter staatlicher Abhilfe gegenüber der Arbeitslosigkeit gering sei.

Tönnies wendet gegen Cassel ein, daß die vollkommenste Anpassung der Arbeitskräfte an die vorhandenen Bedürfnisse der Arbeitslosigkeit nicht abhelfen könne, wenn diese Bedürfnisse nicht die Kraft hätten, Kapital und Arbeit in Bewegung zu setzen, wenn sie mit a. W. nicht kaufkräftig seien. Im übrigen gehe Cassel an den drei großen Hauptursachen der in Deutschland herrschenden Arbeitslosigkeit achtlos vorbei. Das seien:

1. Die Folgen des Weltkrieges
2. Der Aufstieg der Vereinigten Staaten
3. Die Rationalisierung der Betriebe.

Brentano bestreitet eine Schuld der Gewerkschaften an der Krise. Eine mit der heutigen Arbeitslosigkeit vergleichbare Arbeitslosigkeit sei im Jahre 1815 durch die Entlassung der englischen Armee entstanden. Damals habe es in England keine Gewerkschaften gegeben und trotz ungewöhnlich niedrigen Löhnen habe die Arbeitslosigkeit nicht beseitigt werden können.

Vor allen Dingen müsse man feststellen, woher die Arbeitslosigkeit komme. Ihre Ursachen seien die Wertvernichtung während des Krieges, die ungeheueren Reparationsverpflichtungen Deutschlands, die eine Kapitalbildung unmöglich machen, und die Abschließung des Auslandes. Solange diese Ursachen der Arbeitslosigkeit andauern würden, könne es nicht besser werden.

Hermberg stimmt mit Cassel zwar darin überein, daß der Staat heute nicht in der Lage sei, die Arbeitslosigkeit durch Notstandsarbeiten zu beseitigen. Cassel überschätze jedoch im Rahmen seiner Konjunkturtheorie das Sparkapital und deshalb sei vor allen Dingen eine kritische Ueberprüfung der Konjunkturtheorie von Cassel notwendig.

Die bestehende Arbeitslosigkeit sei durch die Rationalisierung entstanden, die wohl zu einer Einsparung von Arbeitskräften geführt habe, die sich aber nicht in einer Verbilligung der Produkte und in einer daraus folgenden Marktausdehnung ausgewirkt habe.

Wilbrandt führt als Ursachen der Arbeitslosigkeit an: Die Folgen des Krieges, die dadurch verminderte Kaufkraft auf dem Weltmarkte, die Entstehung neuer Industrien und die Rationalisierung. Im übrigen lehnt W. die Lohntheorie von Cassel ab und meint, es handle sich dabei eben nicht um dessen eigentliches Arbeitsgebiet.

Lederer gibt die Möglichkeit zu, daß Löhne zu hoch sein können und daß daraus Arbeitslosigkeit entstehe. Er bestreitet aber, daß der Satz auch umgekehrt richtig sei: Wo Arbeitslosigkeit sei, seien die Löhne zu hoch. Wenn man näher zusehe, verlange Cassel einfach die Aufhebung der Arbeitslosenunterstützung und konsequenter Weise auch der Armenunterstützung.

Die Theorie von Cassel könne höchstens für ein statisches System der Volkswirtschaft Geltung beanspruchen. Seine Auffassung sei aber nach der neueren Entwicklung des theoretischen Denkens unhaltbar. Man müsse versuchen, durch Schaffung neuer Kaufkraft neue Produktionsmöglichkeiten zu verwirklichen. Es liege durchaus keine Inflation vor, wenn der neuen Kaufkraft entsprechend neue Produkte geschaffen würden und wenn die neuen Produktionen einen in sich geschlossenen Ring von Erzeugung und Verbrauch bilden würden.

c) Kritik an den gegen Cassel vorgebrachten Einwänden. „Theorie contra Sozialpolitik?"

Von Prof. Dr. Adolf Lampe, Freiburg.
(Soz. Praxis 1927, Sp. 233/239, 261/263.)

Die gesamte Kritik, die in der „Sozialen Praxis" an den Darlegungen von Cassel geübt worden sei, sei in allem Wesentlichen verfehlt. Richtig sei, daß die Forderungen Cassels vom Standpunkt der praktischen Wirtschaftspolitik aus anfechtbar seien. Das ändere aber nichts daran, daß die von ihm entwickelten Kausalreihen als Gegebenheiten hinzunehmen seien, und daß die Projekte seiner Gegner, welche an diesen Wirtschaftsgesetzen achtlos vorbeigehen würden, ihr Ziel nicht erreichen könnten.

Die Argumente der Kritiker Cassels würden sich nach äußeren Gesichtspunkten in drei Gruppen einteilen lassen, wonach zu unterscheiden wären: I. historische, II. ökonomische und III. sozialethische Angriffspunkte.

I.

Die historischen Gegenbeweisführungen würden vollkommen verfehlt erscheinen. Brentano greife aus zwei durch hundert Jahre getrennte Epochen ganz vereinzelte Momente heraus. Man

werde ohne weiteres gegen seinen Beweis einwenden können, daß die Arbeitslosigkeit in jener Zeit, wäre der Lohn nicht so sehr gesunken, eben noch um Vieles größer hätte sein müssen. Die damalige Arbeitslosigkeit habe hauptsächlich darauf beruht, daß das Verkehrswesen und mit ihm die Ausdehnung der Märkte nicht Schritt gehalten hätte mit der Entfaltung der technischen Produktionsfähigkeit. So habe sich eine chronische Ueberfüllung räumlich zu eng begrenzter Märkte ergeben, die selbst durch Lohnsenkungen nicht hätte überwunden werden können.

Ebensowenig besage der historische Beweis Zimmermanns. Die Gewerkschaftsmacht in den Inflationsjahren sei insofern unbedenklich gewesen, als eine außergewöhnliche Nachfrage nach Arbeitskräften bestanden habe, so daß auch ohne Gewerkschaftsmacht Lohnsteigerungen annähernd gleichen Ausmaßes eingetreten wären. Die ständige Schaffung zusätzlicher Kaufkraft habe eine immer aufs neue angetriebene Konkurrenz der Unternehmer um die Arbeitskräfte veranlassen müssen. Zimmermann begehe den gleichen Fehler wie Brentano: auch er greife aus einander gegenübergestellten Zeitperioden nur Bruchstücke heraus, die er in eine willkürliche innere Verbindung bringe.

II.

Die ökonomischen Argumente ließen sich ihrerseits in drei Gruppen zerlegen. Sie würden entweder 1) auf eine Widerlegung der von Cassel behaupteten wirtschaftlichen Gegebenheiten abzielen, oder sie würden behaupten 2) daß die von Cassel vorgeschlagenen Maßnahmen nicht zum Ziele führen könnten, oder sie würden sich 3) um den Nachweis bemühen, daß Cassel an sich gegebene Auswege aus den bestehenden Schwierigkeiten übersehen habe.

Zu 1. a) Bestreitung des Kapitalmangels: Tarnow beispielsweise behaupte, daß es widersinnig sei, von Kapitalmangel zu reden angesichts der Tatsache, daß „das vorhandene Produktionskapital nicht voll ausgenützt werden kann". Was uns fehle, seien nicht Endglieder (produzierte Produktionsmittel) des „kapitalistischen Produktionsprozesses", sondern Anfangsglieder (Bereitstellung von Ersparnissen zur Einleitung von Produktionsumwegen). Daran ändere auch die Feststellung Zimmermanns nichts, daß tatsächlich bereits wieder in erheblichem Umfange gespart werde.

b) Spekulative und unproduktive Kapitalverwendung: Unausgesprochene, aber selbstverständliche Voraussetzung der Gedanken Cassels sei die These, daß die in der

Wirtschaft verfügbaren Kapitalien unter der Herrschaft des ökonomischen Prinzips zweckmäßig verwandt würden. Dem halte Zimmermann entgegen, daß „die Unsicherheit der Wirtschaftslage . . . die Unternehmer von Kapitalanlagen zurückhält" und daß freie Mittel an unproduktiver oder doch nur spekulativer Stelle verwandt würden. Bei diesem Einwand handle es sich um eine Verkennung des Wesens der Spekulation, durch die tatsächlich der Wirtschaft keinerlei Kapital entzogen werde. Sofern Kredite an Spekulanten gegeben würden, besage dies z. B. für den Fall des Effektenkredits nichts anderes, als daß an die Stelle „langfristiger" Anlagen von Schuldverschreibungen usw. usw. in Sparerhand die häufiger wechselnde Anlage in Spekulantenhand trete. Die Spekulanten würden für diese Kapitaldisposition gleichsam nur eine Durchgangsstation darstellen. Die Spekulation sei also an sich nicht unproduktiv.

Auch durch einen an sich naheliegenden Hinweis auf die Verluste der Spekulation könne die These von einer unproduktiven Bindung des Kapitals bei spekulativer Verwendung nicht erhärtet werden. Wenn beispielsweise ein Spekulant bei einem Termingeschäft einen Verlust erleide, so ergebe sich hieraus lediglich eine Kapitalverschiebung zugunsten des glücklicheren Gegenspekulanten.

Richtig sei, daß gegenwärtig eine außergewöhnliche Flüssigkeit am Geldmarkte bestehe, die sich aus der Unsicherheit der wirtschaftlichen Verhältnisse erklären lasse. Man würde aber an den Symptomen herumkurieren, wenn man diese kurzfristigen Mittel langfristiger Verwendung durch künstliche Einflüsse zuführen wolle, ehe man die notwendige Entwicklungsrichtung der Wirtschaft zu bestimmen vermöge.

c) Bestreitung des Lohnmonopols: Mehrere Kritiker würden glauben, daß Cassels These von der monopolistischen Lohnbestimmung unter dem Einfluß der Gewerkschaften zu Unrecht bestehe. Wesentlich werde dieses Problem jedoch erst durch die Gegenüberstellung der gewerkschaftlichen Machtpolitik mit der Monopolpreispolitik der Kartelle.

Vornehmlich sei zu beachten, daß die Lohnpolitik der Gewerkschaften eine entscheidende Hilfe durch die Existenz der Erwerbslosenunterstützung sowie der produktiven Erwerbslosenfürsorge erfahre, durch die unter Beanspruchung von öffentlichen Mitteln Arbeitskräfte gebunden würden, welche die Erwerbswirtschaft nicht beim gegebenen Lohnstande aufnehmen könne. Bei der Preispolitik der Kartelle handle es sich nur um ein mehr oder weniger an Gewinnen. Dabei müsse beachtet werden, daß die Gewinninter-

essen den Unternehmern nur in verhältnismäßig wenigen Fällen eine erhebliche Ueberschreitung des Konkurrenzpreises durch monopolistisch bestimmte Preise erlauben würden. Ueberdies handle es sich dabei um eine Kaufkraftverschiebung, welche die Lage der Arbeiterschaft als Anbieter eines Produktionsmittels keineswegs verschlechtere, wenngleich ihre Lage als Konsumenten ungünstig beeinflußt werde. Die eventuellen Mehrgewinne würden vorwiegend in erweiterten Kapitalanlagen investiert werden. Die Folge sei schließlich eine Mehrnachfrage nach Arbeitskräften, die letztlich in der Lohngestaltung ihren Ausdruck finden müsse. Schließlich müßten auch noch die inneren Widerstände erwähnt werden, welche der Monopolpolitik der Kartelle entgegentreten. — Von alledem abgesehen, müsse jedoch einmal darauf aufmerksam gemacht werden, daß gegenwärtig sehr viel von Monopolpreisen gesprochen werde, lediglich auf Grund der Tatsache, daß an die Stelle der Marktpreisbildung die verbandsmäßige Preisbildung trete. Inwieweit die Verbandspreise tatsächlich über die sonst zu erwartenden Marktpreise hinausgehen, lasse sich kaum nachweisen, während mit Sicherheit gesagt werden könne, daß die Löhne ohne die durch staatliche Fürsorgemaßnahmen gestützte Gewerkschaftspolitik effektiv niedriger sein würden.

d) Das Kaufkraftproblem. Es könne hier nicht auf eine ausführliche Analyse des Kaufkraftbegriffs eingegangen werden. Jedenfalls würden doch schon die im vorangegangenen Abschnitt durchgeführten Erwägungen zeigen, daß Preisänderungen, also doch auch Lohnänderungen, zunächst nichts anderes als Kaufkraftverschiebungen nach sich ziehen und daß die „Kaufkraft" nicht losgelöst von der Wirtschaftsproduktivität betrachtet werden könne.

e) Wilbrandt behaupte, daß die Löhne überhaupt nicht primär durch Angebot und Nachfrage bestimmt würden, vielmehr komme es entscheidend auf die von Cassel angeblich zu Unrecht übersehenen soziologischen Faktoren an, aus welchen die größten Lohnunterschiede erklärt werden könnten. Der Fehler des Wilbrandtschen Gedankenganges liege offenkundig in der Annahme einer „gleichen Gesamtlage des Arbeitsmarktes". Es sei nicht einzusehen, warum die Einkommensdifferenzierung nicht ohne weiteres aus einer relativen Verschiedenheit der speziellen, miteinander verglichenen Arbeitsmärkte erklärt werden könne. Wilbrandt anerkenne dies ja auch selbst, wenn er hervorhebe, daß die Lohnpolitik der Gewerkschaften jeweils „richtig an die augenblickliche Lage angepaßt" werden müsse. Wären die soziologischen Machtfaktoren letztlich entscheidend, so müßten sich doch wohl die wirtschaftlichen Verhältnisse ihnen beugen, statt daß anerkannter-

maßen, auf die Dauer gesehen, die Verbandspolitik sich den wirtschaftlichen Tatsachen unterzuordnen gezwungen sei.

f) Die örtliche und fachliche Beweglichkeit der Arbeitskräfte, welche Cassel fordere, bzw. als selbstverständliche Voraussetzung für die Wirkung des freien Ausgleichs am Arbeitsmarkte behandle, werde von einigen Gegnern Cassels mit Recht bestritten. Dieses Argument, dem in der Tat eine entscheidende Bedeutung zukomme, spiele indessen bei den Kritikern Cassels eine verhältnismäßig untergeordnete Rolle.

Zu 2. Die Zwecklosigkeit einer Lohnsenkung. Tarnow meine, es sei doch wohl nicht anzunehmen, daß Cassel in grober Verkennung der Tatsachen eine Preissenkung als notwendige Folge einer Lohnsenkung betrachte. T. verweise darauf, daß die Lebenshaltungskosten seit Herbst 1925 unverändert geblieben seien, während das Lohn- und Gehaltsniveau seit der Krise eine nicht unwesentliche Senkung erfahren habe. Sei es nicht naheliegend, gerade mit dieser Tatsache den mit Abebben der Krise erfolgten wesentlichen Rückgang der Arbeitslosigkeit in Zusammenhang zu bringen? Inwieweit diese Verbesserung der Arbeitsmarktlage auf Kosten der Arbeitnehmer gegangen sei, sei an dieser Stelle eine Frage von untergeordneter Bedeutung. Es genüge doch wohl festzustellen, daß ein Kausalverhältnis zwischen Lohnhöhe und Beschäftigungsgrad bestehe. Insofern nicht zusätzliche, formale Kaufkraft geschaffen werde, sei es schlechthin unvermeidlich, daß als Folge einer gesteigerten Produktion (eben durch Mehreinstellung von Arbeitskräften) eine Senkung des Preisniveaus eintrete. Ein derartiger Abbau der Preise wiederum bedeute eine Erhöhung der Reallöhne, also eine Vermehrung des keineswegs „starren" Lohnfonds der freien Wirtschaft. Werde, wie es tatsächlich geschehen sei, die formale Kaufkraft der Wirtschaft durch Geldschöpfung vermehrt, ohne daß das Preisniveau steige, dann sei die Kaufkraft des realen Gesamteinkommens noch mehr gesteigert, als zuvor anzunehmen gewesen sei.

Zu 3. Die positiven Bemühungen der Kritiker, ihrerseits die Möglichkeit einer Ueberwindung der chronisch erscheinenden Arbeitslosigkeit darzulegen, würden von der Feststellung Cassels ausgehen, daß unsere Wirtschaftsnöte ihre letzte Ursache in einem relativen Kapitalmangel finden würden. Relativ sei dieser Kapitalmangel insofern, als eben der nach Cassels Meinung nur durch Produktivitätssteigerung zu vermehrende „Lohnfonds" nicht ausreiche, um die vorhandenen Arbeitskräfte beim gegebenen Lohnniveau aufzunehmen. Zum Kapitalproblem würden sich Hinweise und auch nähere Ausführungen positiven Inhalts vorfinden. Auf

folgende Thesen solle in Kürze eingegangen werden: A) Die Kapitalnot sei nur in der Konkurrenzwirtschaft entscheidend, B) die Kapitalnot könne innerhalb der Konkurrenzwirtschaft überwunden werden, a) durch Auslandsanleihen, b) durch Geldschöpfung, c) durch Besteuerung der Reichen.

Zu A) Tarnow widerspreche seiner Behauptung, daß es nicht an Kapital fehle, insofern, als er Vorschläge für den Ersatz fehlenden Kapitals durch Auslandskredite mache. In diesem Zusammenhange bemerke er, daß allerdings „die privatkapitalistische Wirtschaft, wenn sie funktionieren soll, ausreichend Kapital braucht". Daraus müßte wohl gefolgert werden, daß nach Tarnows Meinung eine sozialisierte Wirtschaft die von ihm gewünschten Löhne ohne Rücksicht auf das Kapital durchsetzen könne. Diese Meinung sei von Grund aus verfehlt. Kapital sei notwendig 1.) zur erstmaligen Durchführung neuer Produktion, 2.) zur Aufrechterhaltung derjenigen Produktionszweige, deren Produkte nicht unmittelbar dem Verbrauche dienen. Für diese Zwecke müßten selbst in der kommunistischen Wirtschaft genau entsprechende Abzüge vom „vollen Arbeitsertrag" gemacht werden.

Zu B) a) Auslandskredite könnten entgegen Tarnows Meinung die eigene Kapitalbildung nur vorübergehend ersetzen. Ebensowenig, wie der Staat ungestraft seine nicht unmittelbar produktiven Ausgaben durch Anleihen decken könne, ebensowenig könne eine national abgegrenzte Volkswirtschaft ihr Wachstum unbegrenzt durch Auslandskredite finanzieren, sie möge so gut beschäftigt sein, wie sie wolle. Es ergebe sich schließlich doch, daß ein ständig wachsender und früher oder später allzu großer Teil des laufenden Einkommens zur Zahlung von Zinsen und Amortisationsquoten an die ausländischen Gläubiger beansprucht würde. Das Transferproblem sei keineswegs auf die Reparationsfrage beschränkt.

Zu B) b) Lederer betone besonders die angeblich gebotene Möglichkeit, den Kapitalfonds durch „Ausweitung des Kredits innerhalb des eigenen Banksystems" zu vergrößern. Er sei jedoch leicht durch Auswertung seiner eigenen sonstigen Ausführungen zu diesem Punkte zu widerlegen. Er meine nämlich, es käme bei der Einräumung zusätzlicher Kredite nur darauf an, daß „der neuen Kaufkraft entsprechend neue Produkte geschaffen werden" und daß weiterhin „die neuen Produktionen einen in sich geschlossenen Ring von Erzeugung und Verbrauch bilden". Die Schaffung zusätzlicher Kaufkraft bewirke nun aber infolge künstlicher Niederhaltung des Zinsfußes eine Ablenkung der Produktion in Richtung auf die Herstellung produzierter Produktionsmittel. Gleichzeitig

wiederum gelange die Kaufkraft in die Hände von Arbeitern, welche mit diesem Gelde Subsistenzmittel nachfragen würden. Schon damit sei erwiesen, daß der von Lederer geforderte Ring von Produktion und Konsum mit Naturnotwendigkeit auch durch eine „produktive Inflation" zerrissen werde.

Zu B) c) Besteuerung der Reichen zugunsten der in Not befindlichen Arbeitnehmer solle nach den Ausführungen von Tönnies zur Behebung der Wirtschaftsnöte beitragen. Auch die Widerlegung dieser Forderung lasse sich aus der Formulierung, in welcher sie vorgetragen werde, ableiten. (Anm.: Die weiteren Ausführungen von Lampe zu diesem Punkte können wir übergehen, da Tönnies die ihm von Lampe untergeschobene Behauptung gar nicht aufgestellt hat. In einem späteren Aufsatze „Zur Cassel-Kontroverse" (Soz. Praxis 1927, Sp. 372/376) stellt Tönnies das richtig und bezieht sich dabei auf den Wortlaut seines ersten Aufsatzes).

III.

Ein Rückblick auf die in den ersten beiden Abschnitten versuchte Würdigung der Cassel entgegengehaltenen historischen und ökonomischen Einwendungen würde zeigen, daß Cassel durch seine Kritiker in keinem entscheidenden Punkte widerlegt worden sei. Die Erklärung dieser Tatsache ergebe sich daraus, daß die Kritik an Cassel im letzten Grunde von sozialen Erwägungen getragen sei, während sie sich gleichsam wesensfremder, nämlich theoretisch-ökonomischer Gedanken als Mittel zur Behauptung des eigenen Standpunktes bediene. Es sei grundsätzlich verfehlt, die Analyse ökonomischer Kausalreihen mit ethischen Postulaten zu belasten. Diese müßten unbeirrt durch alle Wünsche, die zur Gestaltung unserer Gesellschaftswirtschaft geltend gemacht werden könnten, durchgeführt werden. Erst wenn deren Ergebnisse vorliegen würden, habe der praktische Wirtschaftspolitiker zu entscheiden, inwieweit er den wirtschaftlichen Notwendigkeiten Rechnung tragen wolle.

Wenn Cassel wirklich alle die praktischen Konsequenzen aus seinen theoretischen Darlegungen anerkennen wolle, die von seinen Kritikern gezogen worden seien, so würde er sich in der Tat einer schwerwiegenden Einseitigkeit schuldig machen. Selbst wenn man von den Gefahren einer krassen Verelendung der Arbeiterschaft absehen wolle, dürfe man auch als reiner Theoretiker nicht vergessen, daß eine durch sie bedingte Zermürbung und Vernichtung lebendiger Arbeitskraft eine nachhaltige Schädigung der produktiven Kräfte unserer Wirtschaft heraufbeschwören würde. Gerade unter den derzeit bestehenden Wirtschaftszuständen könne das „freie

Spiel der Kräfte" zu solchen schweren Verlusten führen. Die erwähnte von Cassel vorausgesetzte Beweglichkeit der Arbeitskräfte fehle mehr denn je in den letzten Jahrzehnten vor dem Kriege. Als praktische Konsequenz ergebe sich, daß die Wirtschaftspolitik unmöglich genau den von Cassel aufgestellten theoretischen Forderungen entsprechen könne. Trotzdem würden seine Leitsätze große praktische Bedeutung behalten. Sie würden die eindeutige Entscheidung gestatten, daß die aus sozialen Rücksichten heraus ergriffenen Maßnahmen zur künstlichen Beeinflussung des Arbeitsmarktes als Abweichungen von den das Wirtschaftsleben beherrschenden ökonomischen Bedingungen erkannt werden müßten. Demgemäß sollten diese Eingriffe so gestaltet werden, daß die Tendenzen zur Selbstregulierung der Wirtschaft so wenig gehemmt würden, als es mit den aus ethischen und gesellschaftspolitischen Erwägungen heraus notwendigen Unterstützungsmaßnahmen irgend vereinbar sei.

Nicht Widerlegung, sondern Ergänzung der nur skizzenhaften Ausführungen Cassels wäre notwendig gewesen. Die positiven Vorschläge seiner Kritiker seien durchweg unbrauchbar, weil auf falscher theoretischer Basis — d. h. auf Verkennung grundlegender Tatsachenzusammenhänge — begründet. Zu einer wirtschaftlich vernünftigen Arbeitspolitik sei ganz allgemein zu sagen, daß diese Maßnahmen nicht gegen die Tendenzen der Verkehrswirtschaft gerichtet sein dürften. —

Man werde sich über die mannigfachen Ursachen der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit Klarheit schaffen müssen; erst dann sei die Stelle der „Lohn-Abbau-Politik" im Rahmen des Gesamtplanes der Eingriffe zur Wiederherstellung eines normalen Arbeitsmarktes zu bestimmen. Man werde sich über den Wirkungsgrad des tatsächlich herrschenden Lohnmonopols zuverlässig unterrichten müssen. Gewiß sei die Arbeitslosigkeit nicht nur auf das Lohnmonopol zurückzuführen. Man werde versuchen müssen, die Arbeitslosigkeit auszuschalten, welche sich schätzungsweise durch andere Faktoren als das gewerkschaftliche Lohnmonopol erklären lasse. Wenn dann zur Lockerung des Gewerkschaftsmonopols geschritten würde, so könnte es sich dabei selbstverständlich nicht um eine Auflösung der Gewerkschaften handeln, an die Cassel nicht im entferntesten denke. Viel werde schon erreicht werden durch eine versicherungsmäßige Umgestaltung der Erwerbslosenunterstützung; nächstdem werde man sich um eine verschärfte Kontrolle der Erwerbslosigkeit, insbesondere auf dem Lande bemühen müssen. Neben die so bewirkte Schwächung unökonomischer Gewerkschaftspolitik müsse eine Unterstützung der Gewerkschaften

in ihren segensreichen wirtschaftlichen Funktionen treten. Lohnsenkungen würden die Tendenz zur Verschiebung von Arbeitskräften nach sich ziehen. Den Arbeitslosen, denen sich dann „theoretische Aussichten" auf ein Unterkommen bieten würden, werde es in ihrer Notlage schwer, wenn nicht unmöglich sein, dieser „Aufforderung der Wirtschaft" Folge zu leisten. Hier sei „Hilfe von außen her" zweckmäßig, ja notwendig. Durch solche Ergänzung des „freien Spiels der Kräfte" werde die Arbeitslosennot wirtschaftlich überwunden werden können, ohne daß dabei soziale Schäden in Kauf genommen werden müßten, die schwerer wiegen als die jahrelange Verschleppung der Arbeitsnot[7]).

d) „Selbstkritik! Die Sinnlosigkeit der staatlichen Arbeitslosenpolitik."

Von Prof. Dr. Gustav Cassel, Stockholm.
(Soz. Praxis 1927, Sp. 177/180).

Sowohl die Arbeitslosigkeit wie die staatlichen Versuche zugunsten der Arbeitslosen einzugreifen, hätten nunmehr in manchen Ländern einen so großen Umfang und einen so dauerhaften Charakter angenommen, daß es nicht länger möglich sei, der Sache einfach ihren Lauf zu lassen. Insbesondere sei es nötig, diejenigen, die sich mit der Unterstützungspolitik am nächsten beschäftigen, dazu zu bewegen, selbst eine Antwort auf die Frage zu suchen, inwieweit sie wirklich mit ihren Methoden etwas zu leisten vermögen. Wer auf einem begrenzten Gebiet arbeite, komme ja leicht in die Versuchung, dieses Gebiet als eine Welt für sich anzusehen. Umso wichtiger sei es dann, ihn daran zu erinnern, daß die Volkswirtschaft eine unteilbare Einheit sei.

Wenn er von monopolistischen Tendenzen in der Gewerkschaftsbewegung als einem Hindernis gegen einen natürlichen Ausgleich der Arbeitslosigkeit gesprochen habe, so mache er damit durchaus nicht die Gewerkschaftsbewegung als solche für die Arbeitslosigkeit verantwortlich. Es gebe aber jedenfalls in Schweden und vielen anderen Ländern in der Gewerkschaftsbewegung zwei entgegengesetzte Richtungen, die geschlossene und die offene Gewerkschaftspolitik. Die geschlossenen Gewerkschaften seien rein monopolistisch und würden hauptsächlich in den Industrien mit Inlandsabsatz vor-

[7]) Lampe hat sich mit der Cassel-Kontroverse in einer größeren Abhandlung nochmals eingehender beschäftigt und die hier vorgetragenen Gedankengänge weiter ausgeführt: „Notstandsarbeiten oder Lohnabbau?", Jena 1927.

herrschen. Eine offene Gewerkschaft, die den Zutritt zum Gewerbe nicht hindere, und die selbst ihre Arbeitslosen unterhalten müsse, um sich gegen einen zufälligen und schädlichen Druck auf das Lohnniveau zu wehren, könne unter gewöhnlichen Verhältnissen ihre Lohnansprüche nicht wesentlich über das Niveau hinaus erhöhen, das auf Grund der Absatzverhältnisse auf die Dauer ökonomisch möglich sei. Solchen Gewerkschaften könne nicht die Verschuldung von Arbeitslosigkeit zur Last gelegt werden. Man müsse aber bedenken, daß das Eingreifen des Staates, d. h. die staatliche Unterstützung der Arbeitslosen, die natürliche Kontrolle darüber zerstöre, daß die Gewerkschaften ihre Ansprüche nicht über das wirtschaftlich mögliche Lohnniveau hinaufschrauben. Die staatliche Unterstützung führe deshalb unter Umständen direkt zu einer Unterwühlung des Arbeitsmarktes und damit zu einer Erhöhung der Arbeitslosigkeit. Diese Zusammenhänge solle man nicht einfach verneinen, sondern man solle sich überlegen, wie es überhaupt möglich sei, solche schädlichen Folgen des Staatseingreifens zu vermeiden.

Ein anderer außerordentlich wichtiger Punkt sei die Frage, inwieweit wirklich eine vermehrte Beschäftigung dadurch herbeigeführt werden könne, daß der Staat — sei es auf dem Steuer- oder Anleiheweg — den einzelnen Kaufkraft nehme und diese Kaufkraft zur Schaffung künstlicher Arbeitsgelegenheit verwende. Es sei hier wohlgemerkt nicht die Rede von der Gerechtigkeit der Besteuerung oder von dem effektiven Nutzen der staatlichen Arbeiten; es solle nur untersucht werden, inwieweit der Staat durch diese Umstellung von Kaufkraft die Arbeitslosigkeit vermindern könne.

Wenn man Arbeitsgelegenheit schaffen wolle, brauche man Kapital. Nehme man hierzu Kapital in Anspruch, das in einem Produktionszweig beschäftigt sei, so sei es wohl wahrscheinlich, daß man ungefähr ebensoviel neue Arbeitslosigkeit verursache, wie man mit Hilfe dieses Kapitals auf einem anderen Gebiete beseitigen könne. Aehnlich liege die Sache bei neuen Ersparnissen, die angelegt werden sollen. Auch bei der Heranziehung von Fonds, die in juristischem Sinne dem Staate gehören, dürfe man nicht vergessen, daß diese Mittel immer in irgend einer Weise angelegt seien und also schon Verwendung gefunden hätten; in der Volkswirtschaft seien sie jedenfalls schon in einer bestimmten Aufgabe gebunden und könnten der

nicht entzogen werden, ohne daß eine Lücke in der Kapitalversorgung entstehe.

Bei der gegenwärtigen Auseinandersetzung sei auch wieder die abergläubische Idee von einer selbständigen, von der Gesamtproduktion der Gesellschaft getrennten Kaufkraft, die angeblich die Möglichkeit des Absatzes der gesellschaftlichen Produktion begrenzen solle, zum Vorschein gekommen. Ehe nicht diese Idee aus der Welt geschafft sei, könne selbstverständlich keine Klarheit in die Arbeitslosenfrage kommen.

Das Schlimmste sei aber, wenn man anfange, davon zu reden, daß die Arbeitslosigkeit nicht innerhalb des Rahmens der gegenwärtigen „kapitalistischen Gesellschaftsordnung" überwunden werden könne. Man solle die Verantwortung für die gegenwärtige Arbeitslosigkeit doch dort suchen, wo sie wirklich liege. Die Staaten seien es, die den Krieg gemacht, die Staaten, die durch ihre Inflation das Geldwesen verdorben, die Staaten, die durch ihre Humbug-Verkündungen das Publikum zu unrichtigen Vorstellungen über die geldlichen und wirtschaftlichen Vorgänge verleitet hätten, die Staaten, die durch ihre Unwissenheit und Unentschlossenheit die Stabilisierung der Währungen verzögert, die durch ihren unvernünftigen Protektionismus das Wiederaufblühen des internationalen Verkehrs verhindert und durch ihre Entschädigungsansprüche der Wiederherstellung gesunder und normaler wirtschaftlicher Verhältnisse beinahe unübersteigliche Schwierigkeiten in den Weg gelegt hätten. (Den letzten Abschnitt dieses Aufsatzes von Cassel haben wir bereits auf Seite 7/8 angeführt.)

C. Der Zweck der vorliegenden Untersuchung

In den beiden, im vorigen Abschnitte wiedergegebenen Aufsätzen hat Cassel über den inneren Grund der Arbeitslosigkeit und über die Ursache der Dauerarbeitslosigkeit folgendes ausgeführt:

> Die Arbeitslosigkeit muß stets auf einer mangelhaften Anpassung der zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte an die vorhandenen Bedürfnisse beruhen. Wenn die völlige Anpassung der Arbeitskräfte an die Marktlage möglich wäre und immer durchgeführt werden würde, könnte auf die Dauer keine Arbeitslosigkeit bestehen. Durch eine vollständige Umstellung der Arbeitslöhne nach der jeweiligen Marktlage könnte man immer jede Arbeitslosigkeit beseitigen.
>
> Die Unterstützung der Arbeitslosen durch den Staat verhindert die zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit notwendige Anpassung der Arbeitslöhne und ist deshalb die Ursache dafür,

daß die bestehende Arbeitslosigkeit zu Dauerarbeitslosigkeit geworden ist.

Nach den Feststellungen von Cassel, deren Richtigkeit zunächst unterstellt werden soll, läßt sich jede Arbeitslosigkeit durch eine entsprechende Anpassung der Arbeitslöhne beseitigen. Dies wurde zwar von den Kritikern Cassels grundsätzlich bestritten, aber in keiner Weise wirklich widerlegt. Mit dem Nachweis der Möglichkeit, daß jede Arbeitslosigkeit durch die Anpassung der Arbeitskräfte beseitigt werden kann, ist jedoch noch keineswegs bewiesen, daß die Herabsetzung der Löhne der einzige Weg ist, um die heutige Arbeitslosigkeit zu beheben. Auch Cassel hat dies nicht behauptet, denn er hat ja gerade von seinen Kritikern verlangt, daß sie einen anderen vernünftigen Weg zur Bekämpfung der bestehenden Arbeitslosigkeit suchen sollten. Cassel hat sich zwar prinzipiell dahin geäußert, daß die Möglichkeit für den Staat, durch irgendwelche Maßnahmen direkt zur Verringerung der bestehenden Arbeitslosigkeit beizutragen, äußerst gering sei. Jedenfalls könne dieses Ziel nicht durch Notstandsarbeiten erreicht werden und zwar deshalb nicht, weil der Staat zur Durchführung der Notstandsarbeiten Kapital in Anspruch nehmen müsse und dadurch wahrscheinlich auf der einen Seite genau so viel neue Arbeitslosigkeit schaffe, als er auf der anderen Seite durch seine Maßnahmen beseitige. Eine lediglich andere Verwendung von Kapital könne kaum eine Verminderung der Arbeitslosigkeit herbeiführen. Trotz allem läßt Cassel aber doch noch die Frage offen, ob es nicht andere geeignete Mittel gibt, mit deren Hilfe der Staat die heute bestehende Arbeitslosigkeit doch mit Aussicht auf Erfolg bekämpfen kann.

Die vorliegende Arbeit soll dazu dienen, den theoretischen Nachweis für einen anderen gangbaren Weg zur Beseitigung der heutigen Arbeitslosigkeit zu erbringen, der nicht davon ausgeht, daß zur notwendigen Erweiterung der Wirtschaft zuerst die Löhne herabgesetzt werden müssen. Dabei sei jedoch gleich von vornherein erwähnt, daß hier auf eine Darlegung von Maßnahmen verzichtet wird, durch welche lediglich eine andere Verteilung der vorhandenen Beschäftigungsmöglichkeiten erreicht wird, wie etwa Verkürzung der Arbeitszeit, sowie von solchen Maßnahmen, mit welchen man die Arbeitslosigkeit in der Weise zu bekämpfen sucht, daß man die Arbeitslosen nicht wieder in den Produktionsprozeß eingliedert, sondern im Gegenteil eine größere Zahl von Arbeitskräften aus dem allgemeinen Tauschverkehr herausnimmt, wie dies bei der Organisation des freiwilligen Arbeitsdienstes und noch mehr bei der allgemeinen Arbeitsdienstpflicht der Fall ist. Die von

Cassel angedeutete Problematik der Wirksamkeit direkter staatlicher Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bleibt aber auch für den hier aufgezeigten Weg bestehen.

Eine Untersuchung über staatliche Maßnahmen zur Verminderung bestehender Arbeitslosigkeit muß die Natur des zu lösenden Problems im Auge behalten. Die Eingliederung von vorhandenen Arbeitslosen bedeutet eine Erweiterung des Produktionsprozesses. Nach den Ausführungen von Cassel, die zunächst als richtig unterstellt worden sind, könnte man die bestehende Arbeitslosigkeit durch eine Anpassung der Arbeitskräfte beseitigen, wenn diese in örtlicher, beruflicher und zeitlicher Hinsicht sowie durch eine entsprechende Veränderung der bestehenden Arbeitslöhne erfolgt. Da hiernach die Erweiterung der Wirtschaft und damit die Eingliederung der Arbeitslosen in den Produktionsprozeß aus der Wirtschaft heraus erfolgt, wenn die Arbeitslöhne herabgesetzt werden, muß vor allen Dingen die Klarstellung der Frage, warum die Arbeitslöhne herabgesetzt werden müssen, wesentlich weiter führen. Es handelt sich somit nicht so sehr darum, nachzuweisen, daß die Arbeitslöhne zur Beschäftigung der vorhandenen Arbeitslosen gesenkt werden müssen, sondern in der Hauptsache um die Untersuchung der Frage, warum dies der Fall ist. Die Klarstellung des Grundes, weshalb die Arbeitslöhne herabgesetzt werden müssen, damit die vorhandenen Arbeitslosen von der Wirtschaft ohne weitere Nachhilfe aufgesaugt werden, bietet den wichtigsten Anhaltspunkt zur Beurteilung der Maßnahmen, durch welche der Staat zur Beseitigung der bestehenden Arbeitslosigkeit beitragen kann.

Die Behandlung des Problems der Bekämpfung der bestehenden Arbeitslosigkeit durch staatliche Maßnahmen berührt so ziemlich alle Gebiete der Wirtschaftstheorie. In einer Untersuchung wie der vorliegenden, die zu einem ganz bestimmten Zwecke dienen soll, können in der Hauptsache nur die Probleme einer eingehenderen Untersuchung unterzogen werden, deren Klarstellung und Beachtung für den eigentlichen Zweck notwendig ist. Es kann daher in einer solchen Untersuchung weder ein lückenloser Beweis für alle außerhalb des engeren Problemkreises liegende Fragen, noch eine auch mehr nebensächliche Einzelheiten berücksichtigende Darstellung erwartet werden. Eine solche Beweisführung ist aber auch nicht notwendig, wenn die Untersuchung in Anlehnung an eine streng durchgeführte Theorie vorgenommen wird. Die folgenden Ausführungen stützen sich auf die Preistheorie und bei scheinbaren Unvollständigkeiten bei der Behand-

lung der einzelnen Probleme muß auf die „Theoretische Sozialökonomie“ von Cassel verwiesen werden.

Im folgenden Abschnitte soll nunmehr zuerst der innere Grund der Arbeitslosigkeit und die Ursache der Dauerarbeitslosigkeit klargestellt werden. Aus diesen Untersuchungen ergibt sich dann auch ohne weiteres, warum die Arbeitslöhne zu hoch sind, wenn Arbeitslosigkeit besteht.

II. Der theoretische Nachweis eines außergewöhnlichen Weges zur Beseitigung der bestehenden Arbeitslosigkeit

A. Die Notwendigkeit der Anpassung der Produktion an die Nachfrage

a) Der Begriff des wirtschaftlichen Gleichgewichts.

Bei wirtschaftstheoretischen Untersuchungen ist es in der Regel zweckmäßig, für die zu behandelnde Wirtschaft gewisse, von der Wirklichkeit abweichende Einschränkungen zu machen und außerdem die Untersuchung ohne Rücksicht auf alle möglichen und denkbaren Abweichungen durchzuführen. Auf diese Weise ergibt sich dann für die untersuchten Vorgänge sozusagen ein „Normalablauf“, der sich aber unter entsprechender Berücksichtigung aller im wirklichen Leben möglichen, in der gleichen Richtung oder auch entgegengesetzt wirkenden Einflüsse früher oder später auch in der Wirklichkeit durchsetzen muß. So sind Abweichungen von der „normalen“ Preisbildung nicht nur möglich, sondern eigentlich fast die Regel, und doch sind die Gesetze der Preisbildung auf die Dauer zwingend. Nur muß immer wieder betont werden, wie dies auch Cassel tut, daß von der Gesetzmäßigkeit der Preisbildung nicht auch auf eine Gesetzmäßigkeit der Verteilung geschlossen werden darf. Die Verteilung ist im Gegenteil ein sehr wesentliches Element des Preisbildungsprozesses, weil die Richtung der Nachfrage zu einem sehr großen Teile von der Verteilung bestimmt wird. Bei gegebener Verteilung sind die Gesetze der Preisbildung zwingend, doch ist gerade die Verteilung in weitem Umfang außerhalb des Preisbildungsprozesses liegenden Eingriffen zugänglich. Nur müssen auch bei solchen Eingriffen die Gesetze der Preisbildung auf alle Fälle beachtet werden.

Bei den folgenden Ausführungen soll für die Wirtschaft nur die eine einschränkende Voraussetzung gemacht werden, daß die betrachtete Wirtschaft eine geschlossene Wirtschaft ist, daß sich alle wirtschaftlichen Vorgänge vollständig in ihr abspielen und bis zu Ende beobachten lassen. Es wird also nur von den Zusammenhängen mit dem Ausland abgesehen, während im übrigen die moderne Wirtschaft in ihrer heutigen Organisation unterstellt wird.

Die Wirtschaft wird von dem Prinzip der Knappheit beherrscht, weil die Bedürfnisse der zivilisierten Menschen in ihrer Gesamtheit unbeschränkt sind. Um jedoch die Befriedigung der Bedürfnisse trotzdem in dem ihnen von den Konsumenten eingeräumten Range mit den vorhandenen Mitteln sicherzustellen, müssen für alle Güter entsprechende Preise gezahlt werden. Die Preise sind der Ausdruck der gegenseitigen Austauschverhältnisse der Güter. Durch die Preise werden die Mengen der einzelnen Güter bestimmt, die gegen einander ausgetauscht werden. Die absolute Höhe aller Preise wird durch den Wert der Geldeinheit bestimmt.

Wenn das gesamte Ergebnis der laufenden Produktion restlos ausgetauscht werden soll, müssen sich alle Preise und alle Mengen in einem ganz bestimmten Verhältnis zu einander befinden oder anders ausgedrückt, das Angebot muß sich mit der Nachfrage decken. Die Mengen und die Preise der einzelnen Güter müssen in einem solchen Verhältnis sein oder, da dies bei der heutigen Organisation der Wirtschaft nicht möglich ist, vielmehr laufend in ein solches Verhältnis zueinander gebracht werden, daß die Nachfrage nach jedem Gute durch seinen Preis so weit beschränkt wird, daß die Menge des Gutes, die in dem ununterbrochen fortdauernden Produktionsprozeß laufend hergestellt oder zur Verfügung gestellt wird, zur Befriedigung der Nachfrage gerade ausreicht. Wenn Angebot und Nachfrage jedes einzelnen Gutes und damit der Gesamtheit der Güter gleich sind, dann spricht man von einem Gleichgewicht in der Wirtschaft. Obwohl die Wirtschaft dauernd nach einem die Gesamtheit der Güter umfassenden Gleichgewicht hinstrebt, kann sie einen solchen Zustand doch nie vollständig erreichen. Dem stehen die dauernden Veränderungen entgegen, denen die Wirtschaft ständig ausgesetzt ist, die sich hauptsächlich aus der Bevölkerungsbewegung, aus der technischen und organisatorischen Veränderung der Produktionsmethoden, aus der freien Berufs- und Konsumtionswahl und aus dem freien Willen jedes einzelnen, sein Einkommen sofort zu verbrauchen oder einen beliebig wechselnden Teil davon zu sparen, ergeben.

Wenn die Wirtschaft im Gleichgewicht ist, muß sich das Angebot mit der Nachfrage decken. Für das Gesamtangebot und

die Gesamtnachfrage trifft dies in gewissem Sinn immer zu. Es besteht in der Wirtschaft dauernd eine gewisse Uebereinstimmung und zwar die Uebereinstimmung der Warenseite mit der Geldseite. Es wird in jedem Augenblick, in Geld gerechnet, genau so viel Einkommen gebildet, um das ebenfalls in Geld gerechnete Realeinkommen kaufen zu können. Das gesamte Geldeinkommen reicht stets genau aus, um das ganze Realeinkommen zu kaufen. Für das wirtschaftliche Gleichgewicht spielt diese Tatsache aber keine Rolle, denn durch diese Uebereinstimmung ist das Gleichgewicht noch nicht hergestellt bzw. ein restloser Austausch aller Güter noch nicht möglich, sondern es muß insbesondere das laufende Angebot und die laufende Nachfrage jedes einzelnen Gutes miteinander übereinstimmen. Das gilt auch ohne jede Einschränkung für die menschliche Arbeitskraft. Das wirtschaftliche Gleichgewicht bezieht sich auf den dauernden Güteraustausch im laufenden Produktionsprozeß, auf eine gegebene Verteilung und auf einen bestimmten Stand der Preise, d. h. auf einen bestimmten Geldwert.

b) Die Wirkung des Preismechanismus.

Die Produktion der modernen Wirtschaft ist zu einem sehr großen Teil eine Produktion für eine erwartete oder geschätzte Nachfrage[8]). Da es für die Produzenten einerseits unmöglich ist, von vornherein in den der zukünftigen Nachfrage entsprechenden Mengenverhältnissen zu produzieren, da sich aber auf die Dauer Angebot und Nachfrage ausgleichen müssen, wenn ein restloser Austausch der gesamten Produktion stattfinden soll, muß die nötige Uebereinstimmung auf irgend eine Weise herbeigeführt werden. Bei einer Produktion, wo nicht durch besondere organisatorische Maßnahmen zur Regelung der Mengen der einzelnen herzustellenden Güter eingegriffen wird, wo es in der Hauptsache dem einzelnen Unternehmer überlassen ist, den Umfang und die Richtung der Produktion zu bestimmen, erfolgt die Herstellung des Gleichgewichts und damit gleichzeitig die Leitung des Produktionsprozesses durch die Preisbildung. In der modernen Wirtschaft ist dies die besondere Aufgabe des allgemeinen Preisbildungsprozesses. Die Leiter der Unternehmungen werden erst im Nachhinein auf eine Aenderung in der Nachfragerichtung oder auf einen den Wünschen der Konsumenten nicht oder nicht mehr entsprechenden Umfang ihrer Produktion aufmerksam. Inzwischen

[8]) Sowohl der Umfang als auch die Richtung eines Teiles der Produktion wird vom Staate mehr oder weniger autoritär bestimmt. Von der besonderen Behandlung dieses Falles kann aber abgesehen werden, weil dadurch an den vorgetragenen Gedanken nichts wesentliches geändert wird.

haben sich von einzelnen Gütern bereits größere Vorräte angesammelt, während wieder Produzenten anderer Güter nicht in der Lage sind, den an sie gestellten Lieferungsanforderungen rechtzeitig zu entsprechen. Hierdurch treten schließlich Preisveränderungen ein, durch welche die Unternehmer dazu veranlaßt und letzten Endes gezwungen werden, die Produktion an die ihr nicht entsprechende Nachfrage anzupassen. Die Preisveränderungen, die dazu führen, daß die Unternehmer den Umfang oder die Richtung ihrer Produktion verändern, brauchen sich jedoch nicht immer bei den Preisen der fertigen Güter auszuwirken, sondern sie können sich auch auf jene Preise beschränken, durch welche die Güterverteilung geregelt wird, also auf Unternehmergewinn, Zins, Grundrente und Lohn. Für die vielen einzelnen selbständigen Unternehmer in der modernen Wirtschaft sind die Veränderungen der Preise — und damit die Veränderungen der Einkommen der Unternehmer — der hauptsächliche Wegweiser für die Gestaltung ihrer Produktion.

Aehnlich wie für alle anderen Güter liegen die Verhältnisse auch für die menschliche Arbeitskraft. Die Berufswahl erfolgt zum großen Teil nach persönlichen Anlagen und Wünschen, oft auch unter dem Zwange gegebener Verhältnisse, in der Hoffnung, später in dem erlernten Beruf auch Arbeit zu finden. Deshalb muß auch der Preis für die Arbeitskraft so geregelt werden, daß sich jeweils Angebot und Nachfrage decken. Wenn dies nicht der Fall ist, muß sich in dem einen Berufe der Mangel an Arbeitskräften mindestens vorübergehend in einer Verlängerung der Arbeitszeit bemerkbar machen und schließlich zu einer Lohnerhöhung führen, während das Ueberangebot in einem anderen Berufe zunächst Verkürzung der Arbeitszeit, dann Arbeitslosigkeit und endlich Lohnherabsetzung bewirkt. Besonderheiten für die Arbeitskraft anderen Gütern gegenüber liegen aber darin, daß man das Gesamtangebot an Arbeitskraft, soweit es sich dabei wenigstens um reine Lohnarbeiter handelt, zu einer bestimmten Zeit als ziemlich feststehend und gegeben annehmen kann, und daß ferner bei gleichen Löhnen durch die Beschäftigung einer größeren Anzahl von Menschen oder ganz allgemein durch eine vermehrte Betätigung der Arbeitskraft — also bei einer quantitativen Erweiterung der Wirtschaft — nicht nur das Angebot, sondern gleichzeitig auch die gesamte Nachfrage nach anderen Gütern steigt.

Die ganze Produktion steht unter der Leitung des Preismechanismus. Die Preisbildung entscheidet darüber, welche Güter und in welchem Umfang die einzelnen Güter hergestellt werden sollen. Durch den Mechanismus der Preisbildung werden Angebot

und Nachfrage auf die Dauer ausgeglichen. Solange die Wirtschaft nicht im Gleichgewicht ist, wirkt der Mechanismus der Preisbildung dauernd auf dieses Gleichgewicht hin. Wenn die Wirtschaft aber für die Mehrzahl der Güter eine Art Gleichgewicht erreicht, das durch Preisbindungen künstlich gehalten und durch keine Preisveränderungen mehr gestört wird, dann besteht die Wirkung des Preismechanismus nur noch darin, diesen einmal erreichten Gleichgewichtszustand aufrecht zu erhalten, der dann zu einem Beharrungszustand wird. Der Ausdruck ist vielleicht nicht ganz glücklich gewählt, weil dadurch sehr leicht die Vorstellung erweckt werden könnte, als ob dabei eine Ausdehnung der Wirtschaft ausgeschlossen wäre, als ob damit also ein stationärer Zustand der Wirtschaft bezeichnet werden solle. Das ist aber nicht der Fall, sondern die Wirtschaft kann sich auch in einem Beharrungszustand in dem hier gemeinten Sinne weiter ausdehnen, soweit nämlich die zu einer Erweiterung der Wirtschaft notwendige, vorhandene Kapitalbildung ausreicht. Die Erweiterung der Wirtschaft erfolgt aber nicht mehr in dem Umfange, der eventuell notwendig wäre, um alle neu zuwachsenden Arbeitskräfte aufzunehmen. Es bleibt ständig ein Teil von Arbeitskräften arbeitslos, wenn der Zugang von Arbeitskräften im Verhältnis zur Ausdehnung der Produktion zu groß ist. Dabei kommt nicht nur der Zuwachs von Arbeitskräften durch die Bevölkerungszunahme in Frage, sondern auch der Zuwachs durch die Freisetzung von Arbeitskräften durch Rationalisierung.

Mit den Ausführungen über den Preismechanismus soll keineswegs behauptet werden, daß es keine Möglichkeiten gibt, sowohl das Angebot als auch die Nachfrage in einer bestimmten Richtung zu beeinflussen, besonders auch durch Maßnahmen auf dem Gebiete der sozialen Verteilung. Es soll damit lediglich seine Wirkung auf die Herstellung und besonders auf die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts dargelegt werden. Die Möglichkeiten zur Herstellung des Gleichgewichts durch bewußt vorgenommene Maßnahmen zur Beeinflussung des Preisbildungsprozesses sollen im folgenden Abschnitt behandelt werden.

c) Störungen des Gleichgewichtes und ihre Beseitigung.

Bei den Untersuchungen in diesem Abschnitte wird davon ausgegangen, daß die betrachtete Wirtschaft zunächst im Gleichgewicht ist, daß also die gesamte Produktion im einzelnen mit der Nachfrage übereinstimmt. Störungen des Gleichgewichtes können nun sowohl von seiten der Nachfrage als auch von seiten des Angebotes auftreten. Von welcher Seite diese Störungen aber auch

kommen, auf jeden Fall muß die Produktion der Nachfrage angepaßt werden. Die Anpassung erfolgt im wesentlichen durch den Mechanismus der Preisbildung, der unter der Voraussetzung, daß im allgemeinen nach dem wirtschaftlichen Prinzip gehandelt wird, dauernd nach der Richtung hin wirkt, daß die Produktion mit den Wünschen der Konsumenten in Uebereinstimmung gebracht wird.

Die Störungen von seiten der Nachfrage kommen in der Hauptsache aus Veränderungen in der Richtung der Nachfrage und sie bedingen letzten Endes mengenmäßige Verschiebungen bei der Produktion der einzelnen Güter. Wie kann nun bei einer Aenderung der Nachfrage das Gleichgewicht wieder hergestellt werden? Da alle Mengen und alle Preise voneinander abhängig sind, müssen sich Störungen des Gleichgewichtes durch Mengen- oder Preisveränderungen oder auch durch gleichzeitige Veränderungen von Mengen und Preisen beseitigen lassen. Zur Veranschaulichung der vorliegenden Probleme sollen folgende Fälle behandelt werden, wobei angenommen werden muß, daß es sich bei der Veränderung der Nachfrage um wesentliche Veränderungen handelt:

1.) Der gegebene Produktionsprozeß soll nicht geändert werden.
2.) Gegebene Preise sollen gehalten werden.
3.) Die Produktion soll nicht eingeschränkt werden und das allgemeine Preisniveau soll gehalten werden.

Zu 1.) Wollte man bei Aenderungen der Nachfrage einen gegebenen Produktionsprozeß nicht ändern, dann könnte ein Ausgleich nur durch Preisveränderungen herbeigeführt werden. Würde man zur Herbeiführung des Ausgleiches nur die Preise der in stärkerem Maße nachgefragten Güter erhöhen, dann würde sich daraus eine Verschlechterung des Geldwertes ergeben und man müßte weiter unterstellen, daß nun von den Stellen, denen das erhöhte Geldeinkommen zufließt, gerade die Güter in dem gleichen Umfange mehr nachgefragt werden, nach denen die Nachfrage vorher nachgelassen hatte. Das ist aber nicht gut anzunehmen.

Soll der Geldwert nicht verändert werden, dann müssen die Preiserhöhungen durch Preisermäßigungen bei anderen Gütern ausgeglichen werden. Damit wäre wohl zunächst ein Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage hergestellt, aber noch kein Gleichgewicht geschaffen, weil sich durch die Preisverschiebungen auch die Einkommensverteilung geändert hat. Die sich daraus ergebenden Spannungen müssen mit der Zeit zu einer mengenmäßigen Aenderung der Produktion führen. Die Durchführung einer Produktion, die der Nachfrage nicht entspricht, ist auf die Dauer nicht möglich.

Zu 2.) Wenn gegebene Preise unverändert bleiben sollen, kann ein Ausgleich nur durch Mengenveränderungen erfolgen und zwar müssen Mengenverminderungen an einer Stelle durch entsprechend vermehrte Produktion anderer Güter ausgeglichen werden, damit sich der Geldwert nicht verändert. In der Regel ist aber eine sofortige entsprechende Umstellung der Produktion nicht durchführbar, ganz abgesehen davon, daß sich die notwendigen Umstellungen nicht sofort eindeutig bestimmen lassen.

Zu 3.) Als Zielsetzung für die Wiederherstellung des Gleichgewichtes kommt somit ernstlich nur der dritte Fall in Frage, daß die Produktion nicht eingeschränkt und daß das allgemeine Preisniveau gehalten werden soll. Hier können nun Mengen- und Preisveränderungen jeweils für sich allein und auch gleichzeitig zusammen vorgenommen werden. Man kann dabei davon ausgehen, daß zunächst versucht wird, nach Möglichkeit den gegebenen Produktionsprozeß unverändert fortzuführen und das Angebot vorerst durch Preisveränderungen mit der Nachfrage in Uebereinstimmung zu bringen. Dabei müssen wieder Preiserhöhungen durch Preisermäßigungen ausgeglichen werden. Wie aber im vorigen Abschnitte bereits ausgeführt wurde, führen diese Preisveränderungen zu einer entsprechenden mengenmäßigen Anpassung der Produktion an die Nachfrage. Die notwendige Umstellung der Produktion erfolgt also in der Regel auf dem Weg über die Preisbildung, wenn es auch aus Gründen, die in der Natur der arbeitsteiligen Wirtschaft liegen, immer eine Zeitlang dauern wird, bis sich die Wirkungen des Preismechanismus durchgesetzt haben. Nach der Wiederherstellung des Gleichgewichtes können alle Preise wieder auf der gleichen Höhe sein, auf welcher sie vor der Störung waren, doch können auch dauernde Preisverlagerungen eingetreten sein. Es müssen jedoch höhere Preise bei einzelnen Gütern durch entsprechend niedrigere Preise bei anderen Gütern ausgeglichen sein, wenn das allgemeine Preisniveau und damit der Geldwert nicht verändert sein sollen. Während der Zeit der Umstellung werden sich Schwankungen des Geldwertes nicht vermeiden lassen.

Von der Seite des Angebotes können sich Störungen des Gleichgewichtes in der Hauptsache aus dem Zugang neuer Arbeitskräfte, aus der Aenderung der Produktionsmethoden, aus dem Einfluß der Ertragsgesetze und aus der wechselnden Ergiebigkeit der landwirtschaftlichen Produktion, sowie aus monopolistischen Tendenzen ergeben.

Von den möglichen Störungen interessieren hier nur die Störungen, die aus dem Zugang neuer Arbeitskräfte entstehen können, sowie Störungen aus Versuchen zu monopolistischer Beein-

flussung der Preisbildung. Die Aenderung der Produktionsmethoden kann dem Zugang neuer Arbeitskräfte gleichgestellt werden. Die Produktionsmethoden werden ständig in der Richtung verbessert, daß ein bestimmter Erfolg mit einem geringeren Aufwande von Mitteln als bisher erzielt wird. (Andere Aenderungen können hier außer acht bleiben). Die Wirkung solcher Veränderungen der Produktionsmethoden läuft letzten Endes auf eine Freistellung von Arbeitskräften, auf eine Vermehrung des Angebotes an Arbeitskräften hinaus, die genau so behandelt werden kann, wie neu zuwachsende Arbeitskräfte. Bei den wechselnden Ernteergebnissen der landwirtschaftlichen Produktion handelt es sich im wesentlichen um Mengenverschiebungen bei einzelnen Gütern, die durch Preisverschiebungen ausgeglichen werden müssen.

Zur Eingliederung zuwachsender Arbeitskräfte ist eine quantitative Erweiterung der Produktion notwendig. Soweit sich die Vermehrung aller Gütermengen den bisherigen Verhältnissen entsprechend vollzieht, dürfte eine solche Erweiterung wenig Einfluß auf die Preise haben. Es können allerdings auch durch eine proportionale mengenmäßige Ausdehnung der Produktion, besonders auch durch den Einfluß der Ertragsgesetze, Preisverschiebungen notwendig werden, doch kann diese Möglichkeit hier unberücksichtigt bleiben. Die Erweiterung der Wirtschaft kann aber nicht von vornherein absolut proportional erfolgen, sodaß sich daraus immer Störungen des Gleichgewichtes ergeben.

Im Grunde genommen handelt es sich auch bei der Beseitigung von Störungen des Gleichgewichtes, die sich bei der Erweiterung der Wirtschaft ergeben, um nichts anderes als um eine Anpassung der Produktion an die Nachfrage. Wenn sich die entsprechenden Verhältnisse, in denen die Produktion der einzelnen Güter jeweils vermehrt werden muß, damit das zukünftige Angebot und die zukünftige Nachfrage miteinander übereinstimmen, im voraus genau bestimmen ließen, würde die Erweiterung wahrscheinlich ziemlich reibungslos verlaufen, soweit die Vermehrung der Produktion keine dauernden Preisverlagerungen bedingt. Soweit demnach die dauernd im Fluß befindliche Erweiterung der Produktion nicht schon durch das „Fingerspitzengefühl" der Unternehmer in den richtigen mengenmäßigen Verhältnissen erfolgt, muß auch hier die notwendige Anpassung an die Nachfrage schließlich durch die Preisbildung herbeigeführt werden.

Auch hier muß erwähnt werden, daß es immer eine gewisse Zeit braucht, bis die Wirtschaft durch die Wirkungen des Preismechanismus in die richtige Bahn gebracht ist. Wenn man den Vorgang der Anpassung der Produktion an die Nachfrage für ein

einzelnes Gut betrachtet, das vielleicht zunächst in verhältnismäßig zu großen Mengen hergestellt wird, so ist es denkbar, daß die Produktion in die Nachfrage „hineinwächst", ohne daß der Preis des betreffenden Gutes herabgesetzt oder die Produktion eingeschränkt wird. Die notwendigen Preis- oder Mengenveränderungen können nämlich auch an irgend einer beliebigen anderen Stelle in der Wirtschaft vorgenommen werden, weil das Preissystem ein in sich geschlossenes untrennbares Ganzes ist, in dem jeder Preis und jede Menge immer wieder von allen übrigen Preisen und Mengen abhängig ist.

Aus der Abhängigkeit der Mengen und Preise voneinander ergibt sich, daß es möglich ist, vorübergehend in künstlicher Weise durch eine teilweise Zurückhaltung des Angebotes ein Gleichgewicht für ein einzelnes Gut herzustellen, um auf diese Weise einen höheren Preis zu erzielen. Nur läßt sich, eben mit Rücksicht auf die besondere Natur des Preissystems, nicht mit Bestimmtheit voraussagen, welche Wirkung ein konkreter Eingriff von einem bestimmten Ausmaße, d. h. eine bestimmte Preis- oder Mengenveränderung an einer bestimmten Stelle in der Wirtschaft, auf die Richtung der Gesamtproduktion oder auf die einzelnen Preise hat. Auf die Problematik der Monopolpreisbildung, die sich daraus ergibt, daß Preis- oder Mengenveränderungen bei anderen Gütern stets auch auf die Preise und Mengen der Güter zurückwirken, für die künstlich ein Gleichgewicht hergestellt worden ist, soll nicht weiter eingegangen werden. Es soll nur festgestellt werden, daß sich aus der Schaffung eines künstlichen Gleichgewichtes für vereinzelte Güter kein Beharrungszustand in dem oben dargelegten Sinn ergeben kann, weil der Ausgleich für die bei dem betreffenden Gute durchgehaltene Preis- und Mengenveränderung bei beliebigen anderen Gütern erfolgen kann, sodaß die Wirtschaft wieder ein neues Gleichgewicht erreicht. Solche Störungen können deshalb nur vorübergehende Bedeutung haben.

B. Preissystem und Arbeitslosigkeit

a) Der innere Grund der Arbeitslosigkeit.

Die Knappheit der einzelnen, der Bedürfnisbefriedigung dienenden Güter läßt sich auf die Knappheit der Produktionsmittel zurückführen, von denen wieder auf jeden Fall die Arbeitskraft nur in beschränktem Umfange zur Verfügung steht. Bei einer der Nachfrage völlig entsprechenden Leitung der Produktion muß somit mindestens für das Produktionsmittel, das auf jeden Fall knapp ist,

also für die Arbeitskraft, immer volle Verwendung vorhanden sein. Die Arbeitskräfte müssen aber an die Bedürfnisse angepaßt werden, damit sie beschäftigt werden können, denn nur wenn die Wirtschaft im Gleichgewicht ist, wenn das Angebot mit der Nachfrage übereinstimmt, kann keine Arbeitslosigkeit bestehen. Die Arbeitskräfte müssen beruflich, örtlich und zeitlich so verteilt und tätig sein, daß die von ihnen geleistete Arbeit völlig der Nachfrage entspricht, und die Arbeitslöhne müssen für jede Art von Arbeit ganz bestimmt geregelt sein, weil die Löhne in der von dem Kostenprinzip beherrschten Wirtschaft als Produktionskosten in den Preisen der Güter zum Ausdruck kommen. Allerdings ist die Arbeitskraft nicht nur Kostenfaktor, sondern auch Einkommensträger[9]). Aber bei der Behandlung des Preisbildungsprozesses, wo alle die Verteilung betreffenden Faktoren als gegeben angenommen werden müssen, kann auch die Arbeitskraft nur in ihrer Funktion als Kostenfaktor betrachtet werden. Eine für die Arbeitskraft erwünschte günstigere Verteilung kann nicht einfach durch Lohnerhöhungen erreicht werden. Man kann sogar sagen, daß bei voller Beschäftigung aller vorhandenen Arbeitskräfte in einer im Gleichgewicht befindlichen Wirtschaft auch die Löhne den bei den gegebenen sonstigen Verhältnissen höchstmöglichen Stand haben.

Sobald in einer Wirtschaft, die im Gleichgewicht ist, bestimmte Lohnsätze ohne gleichzeitige Leistungssteigerung erhöht werden, bedeutet dies eine Störung des Gleichgewichtes durch die Preiserhöhung der betreffenden Güter oder Dienstleistungen. Volle Beschäftigung für alle vorhandenen Arbeitskräfte ist aber nur dann gewährleistet, wenn die Wirtschaft im Gleichgewicht ist. Wenn nun der Umfang des Produktionsprozesses und das allgemeine Preisniveau gleich bleiben sollen, dann kann das Gleichgewicht nur durch Preisermäßigungen bei anderen Gütern wieder hergestellt werden. Findet sich aber zu der notwendigen Preissenkung niemand bereit, dann ist eine unveränderte Fortführung der Produk-

[9]) Zu der in den letzten Jahren so oft aufgetauchten Meinung, daß Lohnerhöhungen die Kaufkraft vermehren sollen, sei angeführt: Prof. Dr. Gustav Cassel, in einem Aufsatz, in dem er sich mit der Neugestaltung der Weltwirtschaft beschäftigt, in: „Soziale Praxis" 1927, Sp. 180: „In einer Zeit allgemeiner Armut ist das Losungswort der europäischen Wirtschaftspolitik Einschränkung der Produktion! Man wähnt, an einer allgemeinen „Überproduktion" zu leiden, und die ökonomische Unwissenheit, die gewöhnlich im öffentlichen Leben die Führung hat, verteidigt eine Politik der Zurückhaltung der Produktion mit der Begründung, daß in der heutigen Welt ein Mangel an „Kaufkraft" bestehe, der dem Absatz eine bestimmte Grenze setzt! Das ist der größte Unsinn unserer Zeit. Eine selbständige abstrakte „Kaufkraft" existiert überhaupt nicht. Es gibt keine andere Kaufkraft als die Produktion selbst".

tion nicht möglich und der Ausgleich muß durch Mengenveränderungen herbeigeführt werden. Die Folge davon muß Arbeitslosigkeit sein, weil sich eine Verminderung der Produktion letzten Endes immer in einer verminderten Nachfrage nach Arbeitskräften auswirkt.

Den Zusammenhang zwischen Lohnerhöhungen und Arbeitslosigkeit hat besonders Conrad unter preistheoretischen Gesichtspunkten untersucht und dabei die auf der Seite des Geldes liegenden Gründe hervorgehoben[10]). Conrad behauptet: Absatzmangel und Arbeitslosigkeit sind eine Folge der Ueberteuerung der Preise und führt dazu etwa folgendes aus:

Wenn Löhne und dadurch Preise übersteigert werden, muß Arbeitslosigkeit entstehen, weil die Konsumenten die betreffenden Güter oder Dienste zu erhöhten Preisen nicht mehr in den früheren Mengen aufnehmen können. Wenn die übrigen Preise gleich bleiben, wenn sich die Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes und die umlaufende Geldmenge („Ausschließung der Inflation") nicht verändern, wird durch die Preiserhöhung die „Kaufkraft" vermindert und die Folge davon muß Arbeitslosigkeit sein, weil eben „zu erhöhtem Preise mit demselben Gelde nicht so viel Güter gekauft werden können als zu niedrigerem Preise" (S. 85). Darüber hinaus folgert Conrad, daß unter der Voraussetzung, daß alle übrigen Preise und Daten in der Wirtschaft gleich bleiben und daß die Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes und die umlaufende Geldmenge nicht geändert werden, die freigesetzten Arbeiter für immer arbeitslos bleiben müssen, und zwar aus dem Grunde, weil die Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes und die Geldmenge nicht geändert werden dürfen, wenn eine Inflation vermieden werden soll. Als einziger Weg zur Beseitigung der bestehenden Arbeitslosigkeit ergibt sich nach diesen Ausführungen zwingend ein Lohn- und Preisabbau.

Das Ergebnis der Untersuchungen von Conrad wurde auch von anderer Seite übernommen und als richtig anerkannt[11]). An die

---

[10]) Dr. Otto Conrad: „Absatzmangel und Arbeitslosigkeit als Dauerzustand". Wien — Leipzig, 1926.

[11]) Dr. Eduard Lukas: „Das wahre Wesen und die wahren Aufgaben der Arbeitslosenversicherung und produktiven Arbeitslosenfürsorge", Graz 1926.
O. v. Zwiedineck-Südenhorst: „Beiträge zur Erklärung der strukturellen Arbeitslosigkeit" in: Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung, 2. Jahrg., 1927, Ergänzungsheft 1, S. 67.
Dr. Ad. Lampe: „Notstandsarbeiten oder Lohnabbau?" Jena 1927, S. 79.
Dr. R. Fricke: „Die Ursachen der Arbeitslosigkeit in Deutschland". Berlin 1931, S. 78.

Ausführungen von Conrad soll jedoch später (S. 47) nochmals angeknüpft werden und sie sollen an dem entscheidenden Punkte, nämlich bei der von Conrad dargelegten Auffassung der Inflation, weitergeführt werden. Hier genügt es zunächst festzustellen, daß die Behauptungen Cassels über den inneren Grund der Arbeitslosigkeit richtig sind und nicht widerlegt werden können, die er in folgenden Sätzen ausgedrückt hat: „Es ist klar, daß die Arbeitslosigkeit stets auf einer mangelhaften Anpassung der zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte an die vorhandenen Bedürfnisse beruhen muß. Wenn die Arbeitskraft mit vollkommener Beweglichkeit sofort nach der jeweiligen Marktlage eingestellt werden könnte, so würde immer volle Beschäftigung vorhanden sein."

b) Die Ursache der Dauerarbeitslosigkeit.

Die Behauptung Cassels, daß die Monopolpolitik der Gewerkschaften die Ursache der Dauerarbeitslosigkeit sei, hat besonders lebhaften Widerspruch hervorgerufen. Zunächst sei darauf hingewiesen, wie sich Cassel allgemein zu den Gewerkschaften und damit zu der Frage der Tariflöhne stellt. Seine Einstellung ergibt sich mit aller Deutlichkeit daraus, daß er die Webb'sche Gewerkschaftstheorie als das bezeichnet hat, „was man eine ideale Theorie der modernen Gewerkschaftspolitik nennen könnte" (Theoret. Sozialökonomie", S. 291). Darnach besteht die Aufgabe der Gewerkschaften darin, die Arbeitsbedingungen für jeden Beruf zu normalisieren und einheitliche Löhne festzusetzen. Wenn man die Tariflöhne in den allgemeinen Preisbildungsprozeß einbezieht, kann man sagen: Sobald für jede verschiedene Art und Qualität von Arbeit ein einheitlicher Preis festgesetzt wird, dann liegt das Kriterium für die wirtschaftlich richtig festgesetzte Lohnhöhe in dem Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage nach Arbeit jeder besonderen Art. Wenn in einem einzelnen Beruf Arbeitslosigkeit besteht, ist diese ein Zeichen dafür, daß der Lohn in diesem Berufe bei der gegebenen Verteilung der Arbeitskräfte auf die verschiedenen Produktionszweige zu hoch ist.

Die Möglichkeit, die Preisbildung für ein einzelnes Gut durch Preis- und Mengenveränderungen zu beeinflussen, besteht auch für die menschliche Arbeitskraft. Die Arbeitskraft ist jedoch kein einheitliches Gut, sondern für die Preisbildung ist jede Art von Arbeit als besonderes Gut zu behandeln, das außerdem noch innerhalb jedes Berufes Qualitätsunterschiede hinsichtlich Leistungsfähigkeit, Erfahrung, Geschicklichkeit und dergl. aufweist. Ein einheitlicher Preis kann deshalb eigentlich nur für Arbeit gleicher Art

und Qualität festgesetzt werden, sofern nicht der Staat durch besondere Maßnahmen für eine Beschäftigung auch der weniger Tüchtigen sorgt.

Wenn man die Länge des Arbeitstages und die Arbeitsintensität als gegeben annimmt, ist das Angebot an Arbeit durch die Zahl der vorhandenen Arbeitswilligen bestimmt und diese letztere kann man hier als gegebene Größe des Problems auffassen. Bei einer einheitlichen Regelung der Löhne besteht die Aufgabe jeder Gewerkschaft darin, für ein gegebenes Angebot eines Gutes, und zwar für die in ihr zusammengefaßte besondere Art von Arbeit einen solchen Preis festzusetzen, daß möglichst viele — wenn nicht alle — ihrer Mitglieder Beschäftigung finden. Hierbei muß der Preis auch nach eventuell vorhandenen Qualitätsunterschieden differenziert werden. Es wurde bereits dargelegt, daß ein Gleichgewichtszustand für ein einzelnes Gut entweder durch eine Aenderung des Angebotes oder des Preises oder beider zusammen, und daß er auch durch Veränderungen an anderen Stellen in der Wirtschaft herbeigeführt werden kann. Mit allen diesen Möglichkeiten kann auch jede einzelne Gewerkschaft bei der Gestaltung ihrer Lohntarife rechnen. Es ist denkbar, daß z. B. durch die Durchführung einer Rationalisierung, deren Wesen gerade darin besteht, Arbeitskräfte freizusetzen, in einem Beruf eine gewisse Arbeitslosigkeit entsteht, zu deren Behebung ein unverhältnismäßig starker Lohnabbau notwendig wäre, um allen freigesetzten Arbeitskräften in dem gleichen Gewerbe wieder Beschäftigung zu verschaffen. In einem solchen Falle kann die Gewerkschaft die bisherigen Löhne aufrechterhalten, wenn sie das Angebot an Arbeit dadurch vermindert, daß sie einen Teil ihrer Mitglieder, und zwar diejenigen, die arbeitslos werden, so unterstützt, daß sie bereit sind zu warten, bis sich die Beschäftigungsverhältnisse in dem betreffenden Berufe wieder bessern.

Wenn eine Gewerkschaft aus irgendwelchen Gründen den Versuch macht, durch Verminderung des Angebotes einen vorübergehenden Ausgleich zu schaffen, kann sie bei der heutigen Organisation der Wirtschaft weiter nichts mehr tun als abwarten, bis sich durch die Rückwirkung von Preis- und Mengenveränderungen an anderen Stellen in der Wirtschaft wieder bessere Beschäftigungsmöglichkeiten für ihre Mitglieder ergeben, denn auf die Gestaltung der Nachfrage nach bestimmten Arbeitskräften können die Gewerkschaften heute nicht aktiv einwirken. Die Tatsache, daß in einem Berufe größere Arbeitslosigkeit herrscht, und daß aus diesem Grund unter normalen Verhältnissen und bei wirtschaftlich richtiger Lohnpolitik auch der Lohn in diesem Berufe relativ niedrig ist, veranlaßt ein Abwandern von Arbeitskräften in

andere Berufe, soweit sich dies ermöglichen läßt, und außerdem wird der Zugang neuer Arbeitskräfte zu diesem Berufe relativ langsamer. Wenn die Arbeitslosigkeit in einem Beruf aber dauernd steigt, bleibt zur Verhinderung eines weiteren Anwachsens der Zahl der Arbeitslosen und zur Ermöglichung der Wiederbeschäftigung der bereits vorhandenen Arbeitslosen nur noch die letzte Möglichkeit, nämlich den Lohn entsprechend herabzusetzen, wodurch dann die oben angeführten Ausgleichstendenzen noch entsprechend verstärkt werden.

Auf die Einwendungen seiner Gegner hat Cassel seinen ersten kurzen Hinweis auf die Ursache der Dauerarbeitslosigkeit ergänzt, indem er auf das Zusammenwirken der Lohnpolitik der Gewerkschaften mit der staatlichen Unterstützung der Arbeitslosen aufmerksam gemacht hat. Eine einheitliche Regelung der Löhne, die außerdem auch bezweckt, den jeweils höchstmöglichen Lohn festzusetzen, kann nur bei gleichzeitiger Unterstützung der Arbeitslosen wirksam durchgeführt werden. Die Gewerkschaften haben im allgemeinen die Möglichkeit, durch eine Unterstützung der Arbeitslosen vorübergehende Schwankungen im Beschäftigungsgrad ohne sofortige Herabsetzung der Arbeitslöhne auszugleichen. In diesem Zusammenhange sei noch ausdrücklich darauf hingewiesen, daß zur vollen Beschäftigung aller Arbeitswilligen vor allen Dingen eine relative Ausgeglichenheit der verschiedenen Lohnsätze erforderlich ist, sowie eine entsprechende Verteilung der vorhandenen Arbeitskräfte auf die einzelnen Zweige und auf die verschiedenen Orte der Produktion. Die Höhe des Lohnniveaus im Verhältnis zu den anderen Einkommensarten spielt hierbei eine weniger ins Gewicht fallende Rolle, weil dabei in der Hauptsache Faktoren mitspielen, die auf dem Gebiete der Verteilung liegen und solche, die die Kapitalbildung betreffen.

Bei dieser Sachlage ist es nun sehr wesentlich, in welcher Weise die Mittel für die Unterstützung der Arbeitslosen aufgebracht werden und welche Stelle für die Arbeitslosen zu sorgen hat. Die Gewerkschaften können aus naheliegenden Gründen auf die Dauer wirtschaftlich nicht gerechtfertigte Lohnsätze nicht aufrechterhalten, wenn sie die Arbeitslosen aus eigenen Mitteln unterstützen müssen. Werden dagegen die Arbeitslosen aus den Mitteln einer allgemeinen Arbeitslosenversicherung unterstützt und zieht man, wenn diese nicht mehr ausreichen, für diesen Zweck in unbegrenztem Maß einfach sonstige öffentliche Mittel heran, dann entsteht die große Gefahr, daß die Grenze verwischt wird, bis zu welcher die einzelnen Berufe die Lasten der Arbeitslosigkeit einer notwendigen Herabsetzung des Lohnes vorziehen. Die Bestimmung

der noch als tragbar erachteten Arbeitslosigkeit und die Verantwortung für die Arbeitslosen wird den Gewerkschaften dadurch abgenommen. Diese haben nur noch ein einseitiges Interesse an möglichst hohen Löhnen und sie können zu hohe Lohnforderungen ohne jede Rücksicht auf die wirtschaftlichen Verhältnisse festsetzen, weil die Verantwortung für die Folgen, die sich aus einer solchen Politik ergeben, auf den Staat abgewälzt ist. Deshalb ist eine auf das Vorhandensein von Arbeitslosigkeit keine Rücksicht nehmende gewerkschaftliche Lohnpolitik in Verbindung mit der bedingungslosen Unterstützung der Arbeitslosen durch den Staat die Ursache der Dauerarbeitslosigkeit.

Die alles überragende Ursache dafür, daß die heute bestehende Arbeitslosigkeit nicht überwunden werden kann, liegt in der fehlerhaften oder wie Cassel sagt „sinnlosen" staatlichen Arbeitslosenpolitik. Die von Cassel weiter angeführten Ursachen der Arbeitslosigkeit, das Problem der Kapitalbildung und der Unterschied der Löhne in der Landwirtschaft und in der Industrie, kommen erst in zweiter Linie in Betracht, wie sich unzweideutig aus der Formulierung der betreffenden Punkte ergibt: Muß, kann, liegt wohl.

Das System der einheitlich geregelten gebundenen Löhne, die von den Gewerkschaften festgesetzt werden, kann nur bei weitestgehender Zurückhaltung des Staates bei der Unterstützung der Arbeitslosen ohne nachteilige Folgen durchgeführt werden, weil die natürliche Kontrolle über die richtige Anpassung der Löhne an die vorhandene Marktlage ausgeschaltet wird, sobald der Staat die Unterstützung der Arbeitslosen übernimmt, die Festsetzung der Tariflöhne aber bedingungslos den Gewerkschaften überläßt. Durch das Zusammenwirken der Lohnbindungen und der an sich natürlichen und richtigen Bestrebungen der Gewerkschaften, möglichst hohe Löhne festzusetzen („Monopolpolitik der Gewerkschaften der Arbeiter") mit der staatlichen Unterstützung der Arbeitslosen, durch den Umstand, daß das Recht zur Festsetzung der Tariflöhne und die Pflicht, für die Arbeitslosen zu sorgen, zwei ganz verschiedenen und voneinander unabhängigen Stellen übertragen ist, muß entstehende Arbeitslosigkeit zu Dauerarbeitslosigkeit werden. Dadurch, daß die Gewerkschaften der Pflicht zur Unterstützung der Arbeitslosen enthoben sind, ist es ihnen möglich, ihre Lohnsätze festzusetzen, ohne die Arbeitslosigkeit als Kriterium für die richtige relative Lohnhöhe beachten zu müssen. Sie brauchen weder auf bestehende Arbeitslosigkeit noch darauf Rücksicht zu nehmen, daß durch eine Festsetzung zu hoher Löhne oder auch durch das Festhalten an Lohnsätzen, die einer veränderten Marktlage nicht mehr entsprechen, Arbeitslosigkeit entstehen kann.

Die örtliche und berufliche Beweglichkeit der Arbeitskräfte ist beschränkt. Die Arbeitslosigkeit in einem einzelnen Berufe kann daher unter Umständen, z. B. bei der Einführung umwälzender technischer Neuerungen, wohl auch von ziemlich langer Dauer sein, wenn die Angehörigen dieses Berufes nicht rasch in einen anderen Beruf übergehen können, und wenn trotz einer weiteren Herabsetzung des Lohnes keine erweiterte Beschäftigung in diesem Beruf erreicht werden kann. In diesem Falle wird ein Ausgleich nur allmählich und nur dadurch herbeigeführt, daß Arbeitskräfte andere Beschäftigung aufnehmen und daß der Zugang neuer Arbeitskräfte zu diesem Berufe wegen des niedrigen Lohnes relativ langsamer wird. Dauerarbeitslosigkeit aber, die sich auf alle Berufe erstreckt, ist auf die oben angeführte Ursache zurückzuführen.

Die Unterstützung der Arbeitslosen durch den Staat ist nur deshalb die Ursache dafür, daß die bestehende Arbeitslosigkeit zu Dauerarbeitslosigkeit geworden ist, weil durch die bedingungslose Unterstützung aller Arbeitslosen die Anpassung der Löhne an die Marktlage verhindert wird. Es kann deshalb keine Rede davon sein, daß Cassel die unvermittelte Beseitigung der Arbeitslosenunterstützung fordere, sondern er verlangt lediglich die Anpassung der zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte an die vorhandenen Bedürfnisse oder mit anderen Worten eine Anpassung der Produktion an die Nachfrage. Der Kernpunkt der Cassel'schen Thesen liegt in der Forderung, daß vor allen Dingen die Arbeitslöhne an die gegebenen Verhältnisse angepaßt werden müssen. Diese Anpassung kann aber auch durchgeführt werden, wenn die Arbeitslosen unterstützt werden.

Bei einem gegebenen Angebot kann für ein einzelnes Gut ein höherer Preis erzielt werden, wenn ein Teil des Angebotes vom Markte zurückgehalten wird. Der Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage kann bei einem bestimmten Preise durch eine entsprechende Beschränkung des Angebotes erreicht werden. Das Festhalten an einem bestimmten Lohn trotz bestehender Arbeitslosigkeit und die Unterstützung der Arbeitslosen bedeutet nichts anderes als die Zurückhaltung eines Teiles des Angebotes an Arbeitskraft. Man schafft auf diese Weise in der Wirtschaft künstlich einen Gleichgewichtszustand. So lange eine solche Politik nur bei einem oder bei einigen wenigen Berufen durchgeführt wird, besteht immer die Möglichkeit, daß das künstlich geschaffene Gleichgewicht durch sonstige Preis- und Mengenveränderungen in der Wirtschaft wieder gestört wird, so daß die Arbeitslosen wieder in den Produktionsprozeß eingegliedert werden können. Wenn aber der Versuch, auf diesem Weg einen höheren Preis durchzusetzen,

als er der tatsächlichen Lage entspricht, zu gleicher Zeit auf sehr viele Berufe ausgedehnt wird, dann werden die Möglichkeiten von Veränderungen an anderen Stellen in der Wirtschaft sehr gering, weil dann die Preise für eine große Anzahl von Gütern festgelegt und auf einer bestimmten Höhe gehalten werden und weil ein künstlich zurückgehaltenes Angebot an Arbeitskraft überhaupt keinen Einfluß auf den Produktionsprozeß hat. Dieser steht unter der Leitung des Preismechanismus, der aber nur zur Aufrechterhaltung eines gegebenen Zustandes beitragen kann, wenn für eine große Anzahl von Gütern künstlich ein Gleichgewicht geschaffen worden ist. Die Wirtschaft muß in einen Beharrungszustand geraten, wenn viele Preise festgelegt und auf einer bestimmten Höhe gehalten werden.

Sobald viele Tariflöhne ohne Rücksicht auf bereits bestehende oder gar zunehmende Arbeitslosigkeit festgesetzt oder auch nur auf einer den Verhältnissen nicht mehr entsprechenden Höhe gehalten werden, muß die Arbeitslosigkeit sogar ständig größer werden. Der Produktionsprozeß befindet sich in dauernder Bewegung, und die Produktionsmethoden werden ständig in der Richtung verändert, daß ein bestimmtes Ergebnis mit weniger Aufwand an Arbeit erzielt werden kann. Wenn die auf diese Weise freigesetzten Arbeitskräfte von einer Arbeitslosenversicherung aufgenommen werden, vergrößern sie nur das zurückgehaltene Angebot an Arbeitskraft und bleiben daher auf die Dauer arbeitslos. Die Arbeitslosigkeit muß weiter auch dann größer werden, wenn die Kapitalbildung nicht so stark ist, daß sie zur Beschäftigung der neu zuwachsenden Arbeitskräfte, einschließlich der durch Rationalisierung freigesetzten Arbeitskräfte, ausreicht.

C. Möglichkeiten zur Beseitigung der bestehenden Arbeitslosigkeit

a) Der normale Weg über die Preisbildung.

Die bestehende Arbeitslosigkeit muß sich durch eine Herabsetzung der Löhne beseitigen lassen, da nach den Ausführungen über den inneren Grund der Arbeitslosigkeit und über die Ursache der Dauerarbeitslosigkeit in der Hauptsache die geltenden Lohnsätze zu hoch sind. Unter der Voraussetzung, unter der die bisherigen Untersuchungen durchgeführt worden sind, daß nämlich ein bestimmter Wert der Geldeinheit festgelegt ist, an dem festgehalten wird, besteht theoretisch sogar gar keine andere Möglichkeit, die vorhandenen Arbeitslosen wieder in den Produktionsprozeß

einzugliedern. Zunächst seien nun die Konsequenzen, die sich aus der Forderung nach einer Anpassung der Arbeitslöhne ergeben, etwas weiter ausgeführt und kurz die Maßnahmen geschildert, die erforderlich scheinen, um die heute bestehende Arbeitslosigkeit auf dem Wege über die Preisbildung zu beseitigen.

Wenn alle Arbeitslosen Beschäftigung finden sollen, muß der Umfang des Produktionsprozesses erweitert werden, denn die Beschäftigung zusätzlicher Arbeitskraft bedeutet bei der Beibehaltung einer gegebenen Arbeitszeit und Arbeitsintensität, sowie eines gegebenen technischen Standes des Produktionsprozesses eine vermehrte Gesamtproduktion. Wenn man von dem Gesichtspunkt ausgeht, daß der Staat zur Bekämpfung der bestehenden Arbeitslosigkeit direkt sehr wenig beitragen kann, dann muß die zur Beschäftigung der Arbeitslosen notwendige Erweiterung der Wirtschaft durch die Selbstregulierungskräfte der Wirtschaft, d. h. durch die Preisbildung herbeigeführt werden. Da sich die Arbeitslosigkeit auf alle Berufe erstreckt, kann die Anpassung der Löhne nur in einer allgemeinen Herabsetzung derselben bestehen. Zu einer Belebung der Wirtschaft aus sich selbst heraus müßte demnach zunächst eine wesentliche Senkung des Lohnniveaus vorgenommen werden, weil das Lohnniveau in der modernen Wirtschaft sowohl die Kapitalbildung, als auch die Unternehmertätigkeit beeinflußt.

Der Lohnabbau müßte nicht nur deshalb erfolgen, damit die Arbeitslosen beschäftigt werden können, sondern auch, damit sie beschäftigt werden. Aus dieser Tatsache ergeben sich zwei Folgerungen:

1. Mit der Lohnsenkung kann nicht auch gleichzeitig eine entsprechende Preissenkung erfolgen. Es ist sicher kein Zufall, daß Cassel in seinen Ausführungen nicht auch von einer Herabsetzung der übrigen Preise spricht, sondern nur von einer notwendigen Anpassung der Arbeitslöhne. Wenn durch eine Herabsetzung der Löhne eine Erweiterung der Wirtschaft erreicht werden soll, und wenn dadurch besonders eine rasche Ausdehnung der Wirtschaftstätigkeit erzielt werden soll, dann ist es nicht möglich, mit dem Lohnabbau zugleich einen allgemeinen, dem Lohnabbau entsprechenden Preisabbau durchzuführen. Man müßte im Gegenteil sogar alles vermeiden, was dazu dienen könnte, die Preise künstlich herabzusetzen, weil durch den Lohnabbau und die, wenn die Warenpreise nicht gleichzeitig gesenkt werden, damit verbundene Steigerung der Unternehmergewinne die Wirtschaftstätigkeit angeregt und die Kapitalbildung gesteigert werden soll.

2. Der Lohnabbau müßte, besonders wenn er sich rasch auswirken soll, aus den bereits angeführten Gründen unverhältnismäßig groß sein, d. h. die Löhne müßten auf einen Stand herabgesetzt werden, der niedriger ist als der Stand, bei dem alle Arbeitslosen beschäftigt werden könnten.

Die Herabsetzung der Löhne auf einen zur Ueberwindung der Verhältnisse notwendigen ungewöhnlichen Tiefstand würde zwar nur eine Zeitlang andauern und die Löhne müßten sich allmählich von selbst wieder auf einen normalen Stand einstellen. Im übrigen ergeben sich auch noch aus anderen Gründen Möglichkeiten zur späteren Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft. Bei Fragen, welche das allgemeine Lohnniveau betreffen, darf man nicht übersehen, daß dieses nicht allein durch die einzelnen Lohnsätze bestimmt ist, sondern daß hierzu mindestens auch die Belastung der Produktion mit sozialen Abgaben und Steuern gerechnet werden muß, die zur Unterstützung der Arbeitslosen oder zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Notstandsarbeiten oder sonstige Maßnahmen verwendet werden. Sobald bei einer erweiterten Beschäftigung von Arbeitskräften diese besondere und je nach dem Umfange der herrschenden Arbeitslosigkeit unter Umständen sehr wesentliche Belastung der Produktion durch die Arbeitslosen wegfällt, tritt hierdurch gewissermaßen automatisch eine Senkung des dann bestehenden Lohnniveaus ein, so daß sich schon daraus die Möglichkeit ergibt, die Tariflöhne später wieder entsprechend zu erhöhen. Dazu kommt noch etwas anderes. Die Arbeiterschaft selbst muß in der Regel zu den eben genannten Lasten gleichfalls mit beitragen, der einzelne Arbeiter bekommt den Tariflohn gar nicht ausgezahlt, sondern einen um den auf ihn entfallenden Anteil an diesen Lasten gekürzten Lohn. Auch hier werden sich Verschiebungen dergestalt ergeben, daß nach Wegfall der Lasten infolge Beseitigung der Arbeitslosigkeit bei vielleicht nominell niedrigeren Tariflöhnen ein höherer Prozentsatz der Tariflöhne zur Auszahlung kommen kann.

Bei der Frage der Anpassung der Arbeitskräfte an die gegebene Marktlage handelt es sich hauptsächlich um die Anpassung der Löhne an die jeweils gegebenen Verhältnisse und um eine örtliche und berufliche Anpassung der Arbeitskräfte an die Nachfrage. Bei einer laufenden Anpassung der einzelnen Lohnsätze unter Berücksichtigung der Arbeitslosigkeit als Kriterium für die richtige relative Lohnhöhe stellt sich das allgemeine Lohnniveau von selbst auf die jeweils den wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechende Höhe ein.

Auf welche Weise die Herabsetzung der Löhne am vorteilhaftesten durchzuführen wäre, durch eine gleichzeitige vorläufig

einheitliche Kürzung aller Löhne oder durch eine Senkung der Löhne in den einzelnen Produktionszweigen nacheinander und in diesem Fall in welcher Reihenfolge, das sind Fragen, die vielleicht noch besonders zu untersuchen wären.

Das erforderliche Ausmaß des vorzunehmenden Lohnabbaues läßt sich weder allgemein noch für die einzelnen Berufe vorausbestimmen, weil sich durch eine Beschäftigung von bisher arbeitslosen Arbeitskräften in der gesamten Wirtschaft immer wieder andere Verhältnisse ergeben. In dieser Hinsicht ist man lediglich auf Versuche angewiesen. Man kann darüber nur soviel sagen, daß die Lohnkürzung bei dem großen Umfange der heutigen Arbeitslosigkeit ziemlich stark sein müßte, um der Wirtschaft auf diesem Wege den nötigen Antrieb zur Erweiterung zu geben. Man müßte außerdem damit rechnen, daß die Eingliederung der vorhandenen Arbeitslosen in den Produktionsprozeß auf dem Wege über einen Lohnabbau längere Zeit in Anspruch nehmen würde, und zwar würde man zur Eingliederung voraussichtlich um so mehr Zeit brauchen, in je größerem Umfange sich neben der Anpassung der Löhne auch eine örtliche und berufliche Verschiebung der vorhandenen Arbeitskräfte als notwendig erweist. Dazu ist anzunehmen, daß die Verteilung der inzwischen neu zugewachsenen Arbeitskräfte auf die einzelnen Berufe infolge der langen Dauer der bestehenden Arbeitslosigkeit wahrscheinlich ziemlich willkürlich erfolgt ist. Auf alle Fälle müßte die gesamte Arbeiterschaft während dieser Zeit infolge der einseitigen Verkürzung ihrer Lohnbezüge sehr wesentliche Opfer bringen, wobei hier dahingestellt bleiben kann, welches Opfer für die Arbeiterschaft auf die Dauer größer ist, ein starker vorübergehender Lohnabbau mit der Aussicht, in absehbarer wenn auch längerer Zeit wieder normale Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkte zu haben, oder die Aufrechterhaltung des bestehenden Zustandes mit der Last von Millionen Arbeitslosen, zu deren Unterstützung die Arbeiterschaft letzten Endes auch wesentlich beitragen muß.

Nach den bisherigen Ausführungen kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Ueberwindung der herrschenden Arbeitslosigkeit auf dem Wege über die Preisbildung einseitig von der gesamten Arbeiterschaft mindestens für eine längere Uebergangsperiode voraussichtlich ganz ungewöhnliche Opfer erfordert, wenn auch die Aussicht besteht, daß die Löhne nach dem Eintreten normaler Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkte wieder entsprechend erhöht werden könnten.

Es ist deshalb durchaus begreiflich, daß sich nicht nur die Arbeiterschaft gegen diesen Weg wehrt, sondern daß man sich

auch sonst bemüht, einen anderen Ausweg aus der Sackgasse zu finden, in welche die Wirtschaft geführt worden ist. Im folgenden Abschnitt soll nunmehr das Problem des Geldwertes im Zusammenhang mit der bestehenden Arbeitslosigkeit behandelt werden. Daraus ergibt sich dann ein anderer, außergewöhnlicher Weg zur Beseitigung der bestehenden Arbeitslosigkeit.

b) Ein außergewöhnlicher Weg[12]).

Es ist bereits darauf hingewiesen worden, daß es bei der Suche nach anderen Möglichkeiten zur Bekämpfung der bestehenden Arbeitslosigkeit mit staatlicher Hilfe vor allen Dingen darauf ankommt, festzustellen, weshalb die Arbeitslosen bei dem gegebenen Stande der Löhne nicht beschäftigt werden können. Die Gründe dafür liegen auf der Seite des Geldes. Für die Feststellungen von Cassel gilt als selbstverständliche Voraussetzung das Bestehen und das Festhalten an einem bestimmten Geldwert. Ohne einen bestimmten Geldwert wären alle Preise nur Verhältniszahlen, die im gleichen Verhältnis willkürlich geändert werden könnten. Erst durch die Festlegung des Geldwertes werden alle Preise in einer Wirtschaft eindeutig bestimmt. Nach den Untersuchungen von Conrad, die bereits erwähnt worden sind (S. 37), muß bei Preissteigerungen, die nicht durch entsprechende Preisermäßigungen an anderen Stellen in der Wirtschaft ausgeglichen werden, bei gleichbleibender Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes und bei gleicher Geldmenge Arbeitslosigkeit entstehen, weil die betreffenden Güter oder Dienste von den Konsumenten zu erhöhten Preisen nicht mehr in den früheren Mengen aufgenommen werden können und weil sich eine dadurch schließlich bedingte Einschränkung der Produktion letzten Endes immer in einer verminderten Nachfrage nach Arbeitskräften auswirkt. Nur meint Conrad, daß die Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes und die Geldmenge gleichbleiben müssen, wenn keine Inflation entstehen soll.

Die Untersuchungen von Conrad über den inneren Grund der Arbeitslosigkeit sind zweifellos richtig, doch ist ihm darin nicht beizustimmen, daß in dem angeführten Falle die Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes und die Geldmenge gleichbleiben müssen, wenn eine Inflation vermieden werden soll. Wenn man mit

[12]) Die vorliegende Arbeit ist in ihren Grundzügen bereits im Jahre 1932 geschrieben worden. Soweit sich die Ausführungen in diesem Abschnitt auf den Anfang der zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit einzuleitenden Maßnahmen beziehen, sind sie inzwischen durch die Entwicklung der Verhältnisse bereits überholt.

dem Ausdruck Inflation jede Veränderung des bestehenden Geldwertes bezeichnet, dann ist bei gleichbleibender Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes und bei gleichbleibender Geldmenge bereits eine Inflation eingetreten, wenn einseitige Preiserhöhungen durchgesetzt werden, die Arbeitslosigkeit und damit eine Verminderung der Produktion nach sich ziehen. Der Wert des Geldes ergibt sich nicht nur aus seiner Menge und aus seiner Umlaufsgeschwindigkeit, sondern er hängt auch von einem bestimmten Umfange des Produktionsprozesses ab. Hierzu sei Cassel selbst wörtlich angeführt, der auf S. 447 der Theoret. Sozialökonomie erklärt: „Eine Verschlechterung des Geldwertes, die durch eine zu reichliche Zahlungsmittelversorgung veranlaßt wird, nennen wir eine Inflation. Arithmetisch wird die Inflation durch die Steigerung des allgemeinen Preisniveaus gemessen. Es ist denkbar und ist auch unter außerordentlichen Verhältnissen, besonders während des Weltkrieges und der ersten Nachkriegszeit, vorgekommen, daß eine Preissteigerung von einem Rückgang der Warenversorgung verursacht wird. Eine solche Preissteigerung hält sich aber notwendig innerhalb mäßiger Grenzen. Bezeichnen wir die normale Warenversorgung mit 100 und nehmen wir an, die Warenversorgung wäre zufällig auf 80 herabgedrückt, was schon eine bedenkliche Notlage bezeichnet, so würde dadurch eine Preissteigerung im Verhältnis 80 zu 100, also doch nur von 100 auf 125, veranlaßt werden. Eine solche Preissteigerung kann aber unmöglich eine Vermehrung der Zahlungsmittelversorgung veranlassen, wie dies so oft während der großen Inflation des Krieges und der ersten Nachkriegszeit seitens der Zentralbanken geltend gemacht wurde. Denn nach unserer Voraussetzung ist der Warenumsatz in demselben Verhältnis gesunken, wie das Preisniveau gestiegen ist, und der Zahlungsmittelbedarf sollte demnach unverändert sein. Streng genommen müßte natürlich die Zahlungsmittelversorgung eingeschränkt werden, wenn die Warenmenge vermindert wird, und zwar in demselben Tempo. Geschieht dies, so kann die Warenknappheit keine Preissteigerung veranlassen. Von diesem strengen Standpunkt aus muß man jede eingetretene Preissteigerung als eine Inflation bezeichnen, denn sie beruht unzweifelhaft auf einer in Betracht der gegebenen Umstände zu reichlichen Zahlungsmittelversorgung."

Bei der Behandlung von Geldwertproblemen ist zwischen dem „äußeren" Wert und zwischen dem „inneren" Werte des Geldes zu unterscheiden. Unter dem äußeren Werte des Geldes ist das für die Geldeinheit festgelegte Verhältnis zum Gold oder zu anderen ausländischen Zahlungsmitteln zu verstehen, während sich der innere Wert des Geldes aus dem Preisniveau ergibt. Innerer

und äußerer Wert des Geldes sollen wohl miteinander übereinstimmen, doch können sie vorübergehend auch voneinander abweichen. Eine Inflation ist nun nicht erst dann gegeben, wenn das für die Geldeinheit festgelegte Verhältnis zum Gold oder zu anderen ausländischen Währungseinheiten geändert wird, sondern eine Inflation liegt bereits dann vor, wenn das Preisniveau steigt, wenn der innere Wert des Geldes also schlechter wird. Der äußere Wert des Geldes wird in der Regel trotz Schwankungen des Preisniveaus durch eine entsprechende Geldpolitik der Zentralnotenbanken in dem festgelegten Verhältnis gehalten. Die Mittel der Zentralbanken hierzu sind Ankauf oder Abgabe von Gold oder Devisen und Veränderungen des Diskontsatzes zur Regulierung der Zahlungsmittelversorgung. Mit diesen Mitteln kann aber das Ziel, einen bestimmten Geldwert aufrecht zu erhalten, nur erreicht werden, wenn sich die Wirtschaft und die Preisbildung nach den Veränderungen des Diskontsatzes richtet.

Der innere Geldwert muß auf die Dauer dem festgesetzten äußeren Werte des Geldes entsprechen, wenn auch vorübergehende Schwankungen nach oben oder nach unten möglich sind. Der innere Wert des Geldes wird durch das allgemeine Preisniveau bestimmt, es entspricht daher einem bestimmten äußeren Werte des Geldes ein bestimmtes Preisniveau. Jede Steigerung des allgemeinen Preisniveaus über das dem äußeren Werte des Geldes entsprechende Preisniveau ist eine Inflation, da diese arithmetisch durch die Steigerung des allgemeinen Preisniveaus gemessen wird. Das allgemeine Preisniveau muß aber steigen, es muß also eine Inflation eintreten, wenn bei gleicher Zahlungsmittelversorgung und bei unveränderter Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes Preiserhöhungen durchgesetzt werden, die durch keine entsprechenden Preisermäßigungen an anderen Stellen in der Wirtschaft ausgeglichen werden. Nach den Untersuchungen von Conrad führen solche einseitige Preiserhöhungen zunächst zu Arbeitslosigkeit und damit zu einer Einschränkung der Produktion. Mit der Einschränkung der Produktion ist die Inflation aber nicht etwa beseitigt und zwar deshalb nicht, weil die Verminderung der Produktion nur aus dem Grund erfolgt, damit vorerst keine Preise gesenkt zu werden brauchen oder auch, weil eben vorerst keine Preise herabgesetzt werden. Da Preise und Mengen der Güter in einem bestimmten Abhängigkeitsverhältnis zueinander stehen, lassen sich Störungen, die sich infolge von überhöhten Preisen für den Austausch ergeben, durch Verminderung der Mengen beheben. Die durch die Preissteigerung hervorgerufene Inflation wird aber durch diesen Vorgang nicht berührt, was sich auch daraus ergibt, daß die Gesamtheit der Men-

gen aller in einer Wirtschaft erzeugten Güter in der Berechnung des allgemeinen Preisniveaus nicht in Erscheinung tritt. Die Beseitigung der Inflation und die Wiederherstellung des früheren inneren Geldwertes kann vielmehr nur durch Herabsetzung von Preisen erreicht werden. Wenn die Preiserhöhungen jedoch durch machtpolitische Mittel durchgesetzt wurden und wenn die erhöhten Preise künstlich gehalten werden, dann ist es schlechterdings unmöglich, durch eine Geldpolitik, die unter normalen Verhältnissen wirksam ist, also durch die oben von Cassel geforderte Einschränkung der Zahlungsmittelversorgung, die durch die Preiserhöhungen bereits hervorgerufene Inflation wieder rückgängig zu machen, also das frühere Preisniveau und den früheren inneren Geldwert wieder herzustellen. Jede Verminderung der Zahlungsmittelmenge müßte sogar zu immer größerer Arbeitslosigkeit führen, solange die Preise nicht gesenkt werden. Die Geldpolitik der Zentralbank zur Regulierung des Preisniveaus muß in dem Augenblicke wirkungslos werden, wo die Wirtschaft in großem Umfang infolge von vielen starren Preisbindungen dazu übergeht, die notwendige Anpassung an die Zahlungsmittelmenge nicht mehr durch entsprechende Preisveränderungen durchzuführen, sondern durch Einschränkung der Produktion. Früher oder später muß es sich auch zeigen, daß die Zentralbank auf die Dauer nicht in der Lage ist, das nach außen festgelegte Verhältnis der Geldeinheit aufrecht zu erhalten, wenn dieses Verhältnis dauernd in der gleichen Richtung von dem inneren Werte des Geldes abweicht.

Sobald in einer Wirtschaft Arbeitslosigkeit in größerem Umfange vorhanden ist, besteht in der Regel zugleich auch eine Inflation. Die bestehende und mit Rücksicht auf das nach außen festgelegte Verhältnis der Geldeinheit zu anderen Zahlungsmitteln notwendige Knappheit der Zahlungsmittelversorgung verhindert die Eingliederung der Arbeitslosen und die dazu notwendige Erweiterung der Produktion. Der normale Weg zur gleichzeitigen Beseitigung der Arbeitslosigkeit und der Inflation führt über die Preisbildung. Durch entsprechende Preissenkungen wird das allgemeine Preisniveau wieder in Uebereinstimmung gebracht mit dem festgelegten äußeren Wert des Geldes. Die Wiederherstellung dieser Uebereinstimmung läßt sich jedoch auch auf andere Weise erreichen. Wenn man daher zur Beseitigung bestehender großer Arbeitslosigkeit den Weg über die Preisbildung nicht gehen will, dann bleibt als weiterer Ausweg der Versuch übrig, die Erweiterung der Wirtschaft bei dem bestehenden Preisniveau herbeizuführen. Der Weg über die Preisbildung bedeutet nichts anderes als wie eine Anpassung des überhöhten Preisniveaus an den im

Verkehr mit dem Auslande festgelegten Geldwert, die gleichzeitige Beseitigung der Inflation und der Arbeitslosigkeit, während der zweite Weg umgekehrt auf eine Anpassung des äußeren Geldwertes an das bestehende überhöhte Preisniveau hinausläuft, letzten Endes also unter Umständen zu einer Herabsetzung des früheren äußeren Wertes der Geldeinheit führt. Es ist aber dabei zu beachten, daß es sich nicht etwa um die Herbeiführung einer Inflation handelt, sondern nur darum, die bereits bestehende Inflation gewissermaßen auch nach außen hin zu sanktionieren. Wie groß die bereits bestehende Inflation ist, kann hier nicht bestimmt werden. Da ihre Auswirkung aber hauptsächlich in der Einschränkung der Produktion in Erscheinung tritt, kann sie nach den oben angeführten Erklärungen von Cassel nicht allzu groß sein.

Der vorgeschlagene Ausweg sollte nur als einmalige Notmaßnahme dienen, denn ein geordnetes und stabiles Geldwesen ist Grundbedingung für eine geordnete Wirtschaft. Man muß sich für späterhin besonders auch darüber klar sein, daß es für Lohn- und Preiserhöhungen Grenzen gibt, die nicht überschritten werden dürfen, wenn die Wirtschaft in Ordnung bleiben soll. Diese Grenze ist für Lohnerhöhungen dort, wo Lohnerhöhungen Arbeitslosigkeit im Gefolge haben.

Die Notmaßnahme dürfte sich damit rechtfertigen lassen, daß dabei einmal die im vorigen Abschnitt erwähnten einseitigen Opfer der Arbeiterschaft vermieden werden und daß andererseits die bereits vorhandene Geldentwertung in den Staaten, wo diese Notmaßnahme in Erwägung zu ziehen ist, schon so lange besteht, daß die Sanktionierung der Inflation kaum eine wesentliche Aenderung des gegebenen Zustandes im Inlande bedeutet.

Im übrigen ist nicht gesagt, daß tatsächlich nach außen hin eine Abwertung der Geldeinheit auf jeden Fall durchgeführt werden muß. Es läßt sich zwar kaum vermeiden, daß sich mit der Zeit Schwierigkeiten im Verkehr mit dem Ausland ergeben, doch müssen sich die gleichen Schwierigkeiten auch einstellen, wenn der gegenwärtige Zustand länger andauert. Für den hier vorgeschlagenen Versuch spricht auch der Umstand, daß es sehr wahrscheinlich leichter sein dürfte, über eine allgemeine gleichzeitige Lohn- und Preissenkung das Preisniveau wieder in Uebereinstimmung mit dem äußeren Werte des Geldes zu bringen, wenn alle Arbeitslosen wieder beschäftigt sind und wenn die Wirtschaft wieder in Ordnung ist, als die Durchführung von Deflationsmaßnahmen gegen den Widerstand der ganzen Wirtschaft.

Im folgenden Abschnitt sollen nun noch kurz einige Fragen behandelt werden, die für die Durchführung des hier vor-

geschlagenen Versuches besonders bedeutungsvoll scheinen. Es wird jedoch davon abgesehen, für die Durchführung konkrete Vorschläge zu machen, weil die Wege, die man zur Erreichung des Zieles einschlagen kann, sehr mannigfaltig sind, weil sie zum Teil nach politischen Zielsetzungen zu bestimmen sind und weil in der Regel bestimmte Einzelmaßnahmen wieder andere bestimmte Maßnahmen bedingen.

c) Schlußbemerkungen.

Auch bei einer Erweiterung der Wirtschaft bei dem gegebenen Preisniveau erheben sich gegen eine direkte staatliche Hilfe zur Eingliederung der Arbeitslosen die gleichen Bedenken, die Cassel ganz allgemein zu dieser Frage geäußert hat. Allerdings dürfte es sich wohl vorerst, solange noch große Massen von Arbeitslosen unterstützt werden müssen, empfehlen, wenn die Arbeitslosen bei Notstandsarbeiten beschäftigt werden. Man sollte sich aber über die vorliegenden Probleme nicht etwa durch die Rechnung täuschen lassen, als ob dadurch auf die Dauer eine vermehrte Beschäftigung von Arbeitskräften möglich wäre, weil ja der Staat für die Bezahlung der Notstandsarbeiten nur die Summe noch besonders aufwenden müsse, die er mehr ausgibt, als wie die Unterstützungen betragen würden. Bei dieser Rechnung vergißt man, daß die Wirtschaft auch die Beträge aufbringen muß, die für Unterstützungen gebraucht werden. Die bei Notstandsarbeiten Beschäftigten werden wahrscheinlich nur direkt und schneller in Arbeit gebracht, als dies vielleicht sonst der Fall wäre und die endgültige Eingliederung aller Arbeitslosen wird vielleicht auf längere Zeit verteilt.

Ein vorteilhaftes Eingreifen des Staates erscheint jedoch in der Weise möglich, daß der Staat über die geeignete Förderung einzelner Gewerbezweige — z. B. des Baugewerbes — die Erweiterung der Gesamtproduktion zu erreichen sucht.

Darüber hinaus ergeben sich insbesondere geldpolitische und lohnpolitische Probleme. Bei dem normalen Weg über die Preisbildung wird die bestehende Inflation und die Arbeitslosigkeit gleichzeitig beseitigt. Durch eine Erweiterung der Produktion bei einem erhöhten Preisniveau wird jedoch an dem gesunkenen Geldwert nichts geändert, sondern zur Beseitigung der Inflation oder wenn man das nicht will, zur Wiederherstellung der Uebereinstimmung zwischen dem äußeren und dem inneren Werte des Geldes, sind noch besondere Maßnahmen notwendig. Ob diese gleichzeitig mit dem Versuch, die vorhandenen Arbeitslosen bei dem gegebenen Preisniveau wieder in die Wirtschaft einzugliedern, durchgeführt werden oder nicht, sind Zweckmäßigkeits- und Er-

messensfragen. Die Wiederherstellung der Uebereinstimmung zwischen dem äußeren und dem inneren Werte des Geldes läßt sich auf verschiedene Weise erreichen. Sie kann entweder durch eine Herabsetzung des äußeren Wertes der Geldeinheit — der Goldparität —, also durch Abwertung oder durch eine Anpassung des überhöhten Preisniveaus an den bestehenden äußeren Wert des Geldes, durch Deflationsmaßnahmen erfolgen. Die Deflation wieder kann durch gleichzeitige Lohn- und Preissenkung m i t oder o h n e Zusammenlegung der Geldeinheit durchgeführt werden. Auf alle Fälle hat aber die politische Leitung des Staates die Art der Durchführung zu bestimmen, denn jede Möglichkeit hat ihre Vorteile und ihre Nachteile, die hier nicht zur Debatte stehen. England z. B. hat sich von vornherein für die Abwertung entschlossen und diese an den Anfang seiner Maßnahmen gestellt, während man in Deutschland versucht, vorerst dem Auslande gegenüber mit Moratorien, besonderen Devisenvorschriften, mit direkter Förderung der Ausfuhr und sonstigen Maßnahmen die Kluft zwischen dem äußeren und dem inneren Werte des Geldes zu überbrücken. Die endgültige Bereinigung dieses Problems ist damit vorerst hinausgeschoben worden.

Die Eingliederung von Arbeitslosen in die Wirtschaft bedeutet eine quantitative Erweiterung der Produktion. Zu einer quantitativen Erweiterung der Wirtschaft bei einem gegebenen Preisniveau gehört auch eine entsprechende Vermehrung der Zahlungsmittelmenge. Dieser Notwendigkeit muß die Geldpolitik Rechnung tragen. Die Anregung der Unternehmertätigkeit muß nunmehr durch eine Zinssenkung erfolgen. Durch entsprechende kreditpolitische Maßnahmen kann der Staat ebenfalls zur rascheren Erweiterung der Wirtschaft beitragen. Im übrigen kann man sagen, daß sich die Zentralbank wieder ohne weiteres an die von der Preistheorie entwickelten Grundsätze für die Geldpolitik halten kann, daß sie mit den dort dargelegten Mitteln wieder auskommen muß, sobald die besonderen Verhältnisse beseitigt werden, die die Maßnahmen der Zentralbank zur Regelung des Preisniveaus unwirksam gemacht haben.

Das sind die mit machtpolitischen Mitteln durchgesetzten und aufrecht erhaltenen Lohnerhöhungen und Lohnbindungen. Hier muß dafür gesorgt werden, daß sich diese Vorgänge nicht wiederholen. Solange der Staat für die Arbeitslosen sorgt, muß er auch die Festsetzung der Tariflöhne in die Hand nehmen. Die Regulierung der Tariflöhne muß späterhin so erfolgen, daß die Arbeitslosigkeit als Kriterium für die wirtschaftlich richtige Höhe der einzelnen Lohnsätze berücksichtigt wird.

Literaturverzeichnis

Prof. Dr. Gustav Cassel: „Theoretische Sozialökonomie", Vierte Auflage, Leipzig 1927.
„Mein Lebenswerk: Sozialökonomie und Volksaufklärung" in Soziale Praxis 1926, Sp. 113/116.
Auszug aus einem Aufsatz über die Neugestaltung der Weltwirtschaft. In Soz. Praxis 1927, Sp. 180/181.
„Wird die Arbeitslosigkeit durch Notstandsarbeiten verringert?" Soziale Praxis 1926, Sp. 1057/1060.
„Selbstkritik! Die Sinnlosigkeit der staatlichen Arbeitslosenpolitik." Soz. Praxis 1927, Sp. 177/180.

Fritz Tarnow, M. d. RWR.: „Antwort an Cassel." Soziale Praxis 1926, Sp. 1060/62.

Prof. Dr. Waldemar Zimmermann, Hamburg: „Gustav Cassels Kritik der Erwerbslosenfürsorgepolitik und die deutsche Arbeitslosenkrisis." Soz. Praxis 1926, Sp. 1081/87.

Prof. Dr. Ferdinand Tönnies, Kiel: „Verringerung der Arbeitslosigkeit durch Notstandsarbeiten. Eine Antwort an Cassel." Soziale Praxis 1926, Sp. 1137/1140.

Prof. Dr. Lujo Brentano, Prien: „Unsere Arbeitslosigkeit" Soz. Praxis 1926, Sp. 1161/1163.

Prof. Dr. Hermberg, Leipzig: „Notstandsarbeiten und Krisentheorie. Zu Cassels Frage: „Wird die Arbeitslosigkeit durch Notstandsarbeiten verringert?" Soz. Praxis 1926, Sp. 1185/1188.

Prof. Dr. R. Wilbrandt, Tübingen: „Grundsätzliches zu Notstandsarbeiten, Arbeitslosigkeit und Lohnpolitik." Soziale Praxis 1926, Sp. 1241/1245, 1265/1266.

Prof. Dr. E. Lederer, Heidelberg: „Die Attacke gegen die Arbeitslosenunterstützung." Soz. Praxis 1927, Sp. 153/156. „Replik", Soz. Praxis 1927, Sp. 209/211.

Landrat Hermann Kranold-Steinhaus, Sprottau: „Produktionsumfang und Produktionsmotive. Einige Gesichtspunkte zu Gustav Cassels Anregungen." Soz. Praxis 1927, Sp. 212/217.

Prof. Dr. Adolf Lampe, Freiburg: „Theorie contra Sozialpolitik." Soziale Praxis 1927, Sp. 233/239, 261/263.

Dr. Frieda Wunderlich, Berlin: „Schlußwort zur Diskussion um Cassel." Soz. Praxis 1927, Sp. 395/397.

Prof. Dr. Ferdinand Tönnies, Kiel: „Zur Cassel-Kontroverse." Soz. Praxis 1927, Sp. 372/376.

Prof. Dr. Eduard Heimann, Hamburg: „Der Sinn der Arbeitslosenunterstützung." Soz. Praxis 1927, Sp. 617/623.

„Lujo Brentano über die Ursachen der deutschen Arbeitslosigkeit." Offener Brief Brentano an Lampe zu dessen Schrift: „Notstandsarbeiten oder Lohnabbau?" Soz. Praxis 1927, Sp. 691/692.

Prof. Dr. R. Wilbrandt, Tübingen: „Soziale Theorie oder soziale Praxis?" Soz. Praxis 1927, Sp. 719/721.

Prof. Dr. Ferdinand Tönnies, Kiel: „Notstandsarbeiten oder Lohnabbau?" Soz. Praxis 1927, Sp. 785/787.

Prof. Dr. R. Wilbrandt, Tübingen: „Lohnerhöhung zwecks Produktionsverbilligung?" Soz. Praxis 1927, Sp. 905/10.

Prof. Dr. Adolf Lampe, Freiburg: „Arbeitslosenunterstützung, Monopolismus und Arbeitslosigkeit." (Im Lichte der „manchesterlichen" Theorie). (Zu Brentano, Heimann, Tönnies, Wilbrandt, Soz. Praxis 1927, Sp. 601, 617, 719, 785) Sp. 857/863, 887/889.

„Notstandsarbeiten oder Lohnabbau?" — Hermberg gegen Lampe: Soziale Praxis 1927, Sp. 1302/1303, Lampe hierauf an Hermberg: Sp. 1303/1304.

Dr. Folkert Wilken: „Der Kreislauf der Wirtschaft", Jena 1928.

Dr. rer. pol. Heinrich Rittershausen: „Arbeitslosigkeit und Kapitalbildung". Jena 1930.

„Gutachten zur Arbeitslosenfrage" von der „Gutachterkommission zur Arbeitslosenfrage". Sonderveröffentlichung des Reichsarbeitsblattes, Berlin 1931, I. u. II. Teil.

O. v. Zwiedineck-Südenhorst: „Beiträge zur Erklärung der strukturellen Arbeitslosigkeit" in: Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung, 2. Jahrgang 1927, Erg.-Heft 1.

Dr. Rolf Fricke: „Die Ursachen der Arbeitslosigkeit in Deutschland." Berlin 1931.

Dr. Adolf Lampe: „Notstandsarbeiten oder Lohnabbau?" Jena 1927.

Dr. Eduard Lukas: „Das wahre Wesen und die wahren Aufgaben der Arbeitslosenversicherung und produktiven Erwerbslosenfürsorge." Graz 1926.

Dr. Otto Conrad: „Absatzmangel und Arbeitslosigkeit als Dauerzustand." Wien — Leipzig 1926.

Emil Lederer: „Technischer Fortschritt und Arbeitslosigkeit." Tübingen 1931.

Mein Lebenslauf

Ich wurde am 7. August 1895 in Bukarest geboren und kam im Jahre 1901 mit meinen Eltern nach Deutschland. Mein Vater ist Bauführer, und die Eigenart seines Berufes brachte es mit sich, daß meine Eltern öfters ihren Wohnsitz wechselten. So kam es, daß ich meine Schulzeit in mehreren Orten Süddeutschlands zubrachte und daselbst verschiedene Mittelschulen besuchte, zuletzt die 6. Klasse des Realgymnasiums in Cannstatt von September bis Weihnachten 1909. Um diese Zeit siedelten meine Eltern nach Albersweiler in der Pfalz über. Da ihre Mittel nicht ausreichten, mich auswärts eine Schule besuchen zu lassen, mußte ich in Cannstatt aus der Schule austreten. In Albersweiler bzw. in der nächstgelegenen Stadt Landau i. d. Pfalz gab es aber kein Realgymnasium, weshalb ich es vorzog, zunächst auf einen weiteren Schulbesuch zu verzichten.

Ich wandte mich dem kaufmännischen Berufe zu, in dem ich von April 1911 ab eine zweijährige Lehrzeit durchmachte. Nach deren Beendigung war ich bis Ende 1923 in verschiedenen Stellungen als kaufmännischer Angestellter tätig. Seitdem bin ich selbständig. Vom 1. Januar 1916 bis Ende 1918 war ich bei der ehemaligen k. u. k. österr.-ungar. Armee zum Kriegsdienst eingezogen und war von dieser Zeit etwa $2^1/_2$ Jahre im Feld.

Im Frühjahr 1927 kam ich an die Handels-Hochschule Mannheim, die ich zunächst zwei Semester lang als Hörer besuchte. Meine Immatrikulation daselbst erfolgte im Mai 1928, nachdem ich im Frühjahr 1928 die Prüfung für die Obersekundareife an der Oberrealschule Ludwigshafen nachgeholt hatte. Im weiteren Verlaufe legte ich im Februar 1929 an der Tulla-Oberrealschule in Mannheim als Extraneer die Reifeprüfung ab und habe dann im Juli 1930 an der Handels-Hochschule Mannheim die kaufmännische Diplomprüfung bestanden. Nachdem ich während des Wintersemesters 1930/31 beurlaubt war, setzte ich mein Studium an der Handels-Hochschule Mannheim fort.

Alberweiler, den 18. November 1932.